

# **Pakistan: PaschtunInnen- Anführer bei Polizeiprovokation tot geprügelt**

*Liga für die Fünfte Internationale, 7. Februar 2019, Infomail  
1041, 9. Februar 2019*

Mohammad Ibrahim Arman Luni weilt nicht mehr unter uns. Er wurde am Samstag, den 2. Februar, von der Polizei zu Tode geprügelt. Arman Luni war nicht nur ein beliebter Hochschullehrer und ein Freund für viele; er war einer der AnführerInnen der PaschtunInnenschutzbewegung (Pashtun Tahafuz Movement, PTM). Tausende von Menschen in Khyber Pakhtunkhwa, bis 2010 in Pakistan als Nordwestliche Grenzprovinz bezeichnet, und auf der ganzen Welt trauern um ihn. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie, seinen FreundInnen und GenossInnen. Unsere Unterstützung gebührt den mutigen Frauen, Männern und Jugendlichen, die gegen Ungerechtigkeit und Tyrannei auf die Straße gehen.

Wir teilen die Botschaft von Arman

Lunis Schwester, die alle PaschtunInnen aufforderte, „ihre Stimmen

zu erheben, da sie euch sonst zu Hunderten und Tausenden töten werden“, und wir richten diesen Aufruf an die ArbeiterInnen-, Bauern/Bäuerinnen-, Jugend- und Frauenbewegungen in ganz Pakistan.

JedeR SozialistIn, ja sogar jedeR ehrlicheR DemokratIn sollte die PTM

und die pakistanische Linke in dieser Situation unterstützen.

Es steht viel auf dem Spiel und die internationale Solidarität ist von entscheidender Bedeutung.

## **Kaltblütiger Mord**

Arman Luni ging in die Stadt Loralai in Belutschistan, um vor einem Sit-in gegen anhaltende Gewalt und die Zwangsvertreibung der EinwohnerInnen aus dem Gebiet zu protestieren.

Diese „Maßnahmen“ waren der Hintergrund für einen Terroranschlag des reaktionären Tehrik-i-Taliban (Bewegung der pakistanischen Taliban, TTP) am 29. Januar, bei dem neun Menschen starben, davon acht PolizistInnen, und weitere 21 BürgerInnen verletzt wurden. Im Gegensatz dazu war das Sit-in prinzipienfest, friedlich und legitim. Dennoch wurde es von der Polizei als Vorwand benutzt, um Arman Luni öffentlich und am helllichten Tag brutal zu ermorden.

Als Mohsin Dawar, Ali Wazir und andere FührerInnen der PTM herbeieilten, um an seiner Beerdigung teilzunehmen, wurden sie daran gehindert, nach Belutschistan einzureisen. Die Regierung erklärte, sie sei „erfreut, mit sofortiger Wirkung für siebenundneunzig Tage ein Einreiseverbot für Dawar und Wazir zusammen mit ihren UnterstützerInnen zu verhängen“.

Sie fügte dann dem Unrecht beleidigend hinzu, dass sie „Grund zu der Annahme hatte, dass es Umstände gibt, die eine außerordentliche Wachsamkeit und umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen erfordern, um jedem unerwünschten Vorfall vorzubeugen“. Als die beiden Mitglieder des pakistanischen Parlaments, die trotz dieser Beschränkungen am Begräbnis teilgenommen hatten, auf dem Rückweg die Grenze passierten, eröffnete das Militär das Feuer mit scharfer Munition, traf und beschädigte ihr Fahrzeug.

## **Heuchelei enthüllt**

Sowohl die Pakistani Muslim League-Nawaz (Pakistanische Muslimliga-Nawaz-Flügel, PML-N), Pakistans größte Oppositionspartei, als auch die regierende pakistanische Tehreek-e-Insaf-Partei (Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit, PTI) von Imran Khan schwiegen über diese Gräueltaten. Damit bekräftigten sie ihre fortdauernde Komplizenschaft mit den Militär- und Sicherheitskräften bei der Unterdrückung echter Massenbewegungen von unterdrückten Menschen für soziale und demokratische Rechte.

Es ist klar, dass die pakistanische herrschende Klasse keine Scham kennt. Der aktuelle Lauf der Dinge ist nicht nur eine Verletzung aller denkbaren demokratischen

Rechte,  
sondern auch der gesetzlich verbürgten Rechte, die der Staat  
zu  
garantieren behauptet. Die Bewegung muss die Wahrheit sehen  
und die  
Wahrheit in jedem Winkel des Landes zum Klingen bringen.

Es ist seit langem offensichtlich, dass  
der pakistanische Staat bereit ist, friedliche Proteste zu  
zerschlagen und politische Aktivistinnen zu töten, aber was  
hier  
hervorgehoben werden muss, ist, dass das Sit-in ein Protest  
gegen die  
repressiven Maßnahmen des Staates und die reaktionäre Politik  
der  
Taliban war. Wenn man dann zwei gewählten Abgeordneten den  
Zugang zu  
einer Provinz verweigert und sie an der Grenze beschießt, wird  
der  
autoritäre Charakter des Staatsapparates deutlich, unabhängig  
davon, ob die Regierung zivil oder militärisch ist.

Es zeigt sich auch, dass die  
pakistanische herrschende Klasse zwar die Verteidigung der  
Einheit  
des Landes großspurig zur Schau stellt, diese „Einheit“ aber  
nicht die Freizügigkeit ihrer BürgerInnen beinhaltet.  
Tatsächlich  
ist ihr Gerede von Einheit ein Vorwand, um Kritik und  
Opposition  
stumm zu machen, um sektiererisch zu spalten und Minderheiten  
jegliche demokratische oder nationale Rechte zu verweigern.  
Als  
FreundInnen kamen, um die Ermordung eines Begleiters zu  
betrauern,

wurde ihnen das Recht verweigert, an einer Salat al-Janazah (islamische Beerdigung) teilzunehmen.

Tatsächlich hat die Ermordung von Arman Luni die Heuchelei der herrschenden Klasse enthüllt. Sie hat vor der ganzen Nation offenbart, worum es bei dem „Naya Pakistan“ („Neues Pakistan“), das Imran Khan in seinem Wahlkampf versprochen hat, wirklich geht.

## **Provokation**

Unabhängig davon ist dies jedoch kein Kampf, der allein aufgrund größerer moralischer Autorität gewonnen werden kann. Wäre dies der Fall, hätte die PTM bereits gewonnen.

Wir müssen erkennen, dass die Ermordung eines so hochrangigen Anführers der prominentesten Massenbewegung Pakistans kein willkürlicher Akt einer lokalen Polizeibehörde war. Der Mord trägt alle Anzeichen für einen Versuch der ISI, Pakistans unheimlicher Sicherheitsbehörde, nicht nur die Führung der PTM zu erschrecken, sondern vor allem eine Antwort zu provozieren, die dann eine weitaus umfassendere Repression der Bewegung der PaschtunInnen „rechtfertigen“ könnte. Wenn provinzielle und nationale Regierungsstellen nicht von Anfang an daran beteiligt waren, haben sie sich sowohl durch ihr Handeln als auch durch ihr Schweigen

mitschuldig gemacht.

Der Ministerpräsident von Belutschistan, Jam Mir Kamal Khan Alyani, enthüllt unbeabsichtigt den Plan des Militärs und der Regierung, wenn seine Regierung erklärt, dass die PTM „öffentlichen Frieden und Sicherheit“ gefährde. Das Militär und die Regierung wollen einen Showdown. Sie sind derzeit auf der Suche danach, eine Situation zu provozieren, die eine umfassende Operation gegen die PTM ermöglichen würde, die breitere Bewegung zu unterdrücken, die Führung der Bewegung einzusperren oder gar zu töten. Sie wollen, dass die PTM die imaginären „roten Linien“ überschreitet, die Generalmajor Asif Ghafoor, Generaldirektor der Inter-Services Public Relations, dem Medienflügel der pakistanischen Streitkräfte, Anfang Dezember 2018 in einer dünn verschleierte Bedrohung geschaffen hat.

## **...lasst sie nicht!**

Die Leitung der PTM ist sich dessen bewusst. Während Proteste ausbrachen, nachdem die Nachricht von den Morden national und international verbreitet wurde, hat sie ihre AnhängerInnen aufgefordert, besonnen zu bleiben. Dies ist eine kluge Entscheidung und wir unterstützen nachdrücklich ihre Argumentation. Die Bewegung sollte nicht zulassen, dass die Regierung ihre

nächsten

Schritte bestimmt. Allein der Mord kann und wird neue UnterstützerInnen in die Bewegung einbeziehen und die von Anfang an aktiven Schichten revitalisieren.

## Warum jetzt?

Der Staat wollte aus zwei miteinander zusammenhängenden Gründen eine Offensive starten. Die Massenkundgebungen vom vergangenen Frühjahr sind vorbei, was die KernaktivistInnen der Bewegung verletzlicher macht, aber gleichzeitig gibt es immer häufiger und mehrere Fälle von Vergewaltigung mit anderen nationalen und ethnischen Minderheiten über Provinzgrenzen hinweg. Die herrschende Klasse Pakistans fürchtet all solche Entwicklungen wie die Pest – und das aus gutem Grund.

Wenn überhaupt, dann ist dieser Prozess in den letzten Monaten vorangekommen. Der Geist der PTM und ihre demokratischen Forderungen haben die Grenzen von Khyber Pakhtunkhwa, dem paschtunischen Kernland, überschritten. Dies zeigte sich in der demonstrativen gegenseitigen Unterstützung, als die Baloch Student Organisation (Belutschische Studierendenorganisation, BSO) bei der jüngsten Offensive gegen das belutschische Volk angegriffen wurde. Der Aufruf zur Solidarität der BSO wurde

von der  
PTM beantwortet und ihr Hauptführer, Manzoor Pashteen, ging zu  
den  
Protesten in Quetta, Verwaltungssitz von Belutschistan, um  
eine  
Ansprache zu halten, aber von der Provinzregierung wurde ihm  
wie den  
Trauernden um Arman Luni der Zugang zur Provinz  
schändlicherweise  
verweigert.

Ähnliche Formen des politischen  
Erwachens waren zu beobachten, als Manzoor Pashteen Karatschi  
(Hauptstadt der Provinz Sindh und größte Stadt Pakistans)  
besuchte.  
Tausende überfluteten die Straßen, um ihn zu begrüßen, zu  
sehen  
und zu hören Selbst die Versuche der Muttahida-Qaumi-Bewegung  
(MQM), sich mit der PTM zu verbinden, könnten die ersten Risse  
in  
der Mauer sektiererischen Hasses darstellen, die von Pakistans  
Eliten  
sorgfältig errichtet wurde. Obwohl man solche Versuche der  
sektiererischen und erz-reaktionären MQM-Führung in einem  
kritischen Licht sehen und sich jedem politischen Bündnis mit  
dieser  
Truppe widersetzen muss, verurteilen wir eindeutig den  
Staatsterror,  
der derzeit in Karatschi ausgeübt wird, und sehen, dass es  
eine  
Möglichkeit gibt, den sektiererischen Hass zu beenden, der die  
paschtunischen, afghanischen und mohajirischen (muslimische,  
nach der  
Unabhängigkeit Pakistans aus verschiedenen Teilen Indiens  
Eingewanderte) Gemeinschaften von Karatschi und Hyderabad  
heimgesucht und gespalten hat.

# Wir müssen weitermachen, um zu siegen

Dass die PTM in der aktuellen Situation ruhig bleiben und nicht in die offensichtliche Falle der staatlichen ProvokateurInnen geraten muss, bedeutet nicht, dass die Dinge so bleiben sollten, wie sie waren. Die Ermordung von Arman Luni hat die Situation grundlegend verändert. Während die Armeegeneräle im Dezember sich gerade Zeit erkaufte, als sie die AnhängerInnen der PTM zu ihren Geschwistern erklärten, könnten sie nun bereit sein, in einen umfassenden Krieg zu ziehen. Ohne Illusionen in die Offizierskaste zu haben, täte die PTM gut daran, die einfachen MannschaftssoldatInnen an diese versprochene Vergewisserung zu erinnern und sie aufzufordern, keinen einzigen Schuss auf ihre AnhängerInnen abzugeben.

In einer solchen Situation ist es nicht verwunderlich, dass irreführende Ideen und Illusionen entstehen. So haben beispielsweise einige, vor allem jugendliche UnterstützerInnen, Untersuchungen durch die Vereinten Nationen gefordert. Im Gegensatz zur reaktionären Verleumdung der Rechten bringt dies keine proimperialistische Agenda zum Vorschein. Vielmehr drückt es Verzweiflung angesichts eines extrem repressiven Staates aus. Dennoch muss klar gesagt werden, dass den Vereinten Nationen keine Hoffnungen

oder Vertrauen entgegengebracht werden können, wie die Opfer von al-Sisi, Erdogan oder Assad, von Putin, Xi oder Trump bezeugen können. Während einige bürgerliche Regierungen bereit sein könnten, für ihre eigenen Interessen zu protestieren, werden die GeldgeberInnen, HandelspartnerInnen und Verbündeten des pakistanischen Staates über das Schicksal der PTM schweigen, wenn nicht sogar heimlich ihre Unterdrückung unterstützen. Der mutige Kampf der PTM braucht und verdient jedoch dringend die Unterstützung durch die internationale ArbeiterInnenbewegung. Deshalb fordern wir alle Gewerkschaften, ArbeiterInnenparteien und fortschrittliche Bewegungen auf, diese zu leisten.

Die gegenwärtige Situation erfordert, dass das paschtunische Volk und die Führung von PTM bewusst versuchen, ihre Bewegung mit der Bevölkerung der anderen Provinzen zu vereinen. Der sicherste Weg, die berechtigten demokratischen Forderungen der PaschtunInnen zu erfüllen, ist die Solidarität und das gemeinsame Handeln mit den belutschischen, sindhschen, mohajirischen, kaschmirischen und auch den punjabischen Massen. Es ist besonders schwierig, die Solidarität der ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen und Mittelschichten aus dem Punjab zu gewinnen. Die zentrale Provinz ist die Machtbasis des Staatsapparates und der Ort, an dem er die größten Versuche unternommen hat, das Gift

des  
Chauvinismus zu verbreiten. Aber es ist nicht unmöglich, wie  
die  
PTM-Proteste in Lahore und Islamabad gezeigt haben, an denen  
sich  
ArbeiterInnen und StudentInnen aus dem Punjab beteiligten. Es  
war  
keine Überraschung, dass gerade in Islamabad Proteste mit  
polizeilicher Brutalität beantwortet wurden. Die bloße  
Existenz der  
PTM hat bereits Möglichkeiten geschaffen, die Unterdrückten  
der  
verschiedenen Ethnien in Pakistan zusammenzubringen.

In diesem Prozess können wir keine  
Hoffnung auf die bürgerlichen Medien setzen. Die  
Fernsehsender, die  
Presse und die Mehrheit der JournalistInnen haben gezeigt,  
dass sie  
entweder auf der Seite der pakistanischen herrschenden Klasse  
in  
dieser Frage stehen oder dass sie zu feige sind, um der  
faktischen  
Medienblockade zu trotzen, die das Militär und die Regierung  
errichtet haben. Stattdessen sollte die PTM zusammen mit allen  
linken  
und fortschrittlichen Bewegungen ein System von Internet- und  
Druckmedien aufbauen, das die Arbeiterinnen in den  
Industriestädten  
und die Bauern/Bäuerinnen in den ländlichen Gebieten außerhalb  
von  
Khyber Pakthunkhwa erreichen kann.

Am 5. Februar wurde zu  
Massenkundgebungen aufgerufen und diese waren sehr

erfolgreich. Die Beteiligung der Awami Workers Party (AWP) und anderen kleiner sozialistischer Organisationen stellte dabei eine positive Entwicklung dar. Wir begrüßen auch die Verurteilung der Ermordung Lunis durch AWP-AnführerInnen wie Ismat Shah Jahan. Aber wir sind der Auffassung, dass diese Unterstützung nicht genug ist. Jede sozialistische Organisation, die ihren Namen verdient, sollte diesen Prozess nicht nur unterstützen, sondern an vorderster Front stehen. Was wir brauchen, ist eine Strategie für den Gegenwehr und die bedingungslose materielle Unterstützung. Die Liga für die Fünfte Internationale ist stolz darauf, auf der Seite der PTM zu stehen, und fordert alle pakistanischen Führerinnen von Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen auf, gemeinsam mit der PTM eine Einheitsfront für die Verteidigung der demokratischen Rechte aufzubauen und für Massenaktionen auf den Straßen und an den Arbeitsplätzen zu mobilisieren.

Gleichzeitig fordern wir alle Organisationen, die mit uns in dieser Frage übereinstimmen, auf, sich zu einer ernsthaften Diskussion über ein revolutionäres sozialistisches Programm für Pakistan zusammenzufinden. Als Grundlage für eine solche Diskussion bieten wir unser eigenes „Aktionsprogramm“ an. Die AWP ist ihrem Gründungsversprechen nicht nachgekommen, den Aufbau dessen voranzutreiben, was wir heute dringend brauchen: eine geeinte ArbeiterInnenpartei mit einem klaren Aktionsplan.

- Für eine sofortige Untersuchung der Ermordung von Arman Luni unter der Leitung der Abgeordneten Mohsin Dawar und Ali Wazir sowie der gewählten Vertreterinnen der PTM!
- Für die Freizügigkeit und ein Ende aller Beschränkungen beim Überschreiten der Provinzgrenzen sowie ein Ende des repressiven Kontrollpunktesystems!
- Für das Recht auf Protest und ein Ende aller Verfolgungen durch den Staat, sei es durch polizeiliche Brutalität während der Proteste oder Einschüchterung durch Drohungen und Entführungen durch die Geheimdienste vor oder nach den Protesten!
- Für die sofortige Freilassung aller vermissten Personen und ein Ende der strafrechtlichen Praxis der außergerichtlichen Entführungen! Wir schlagen vor, dass VertreterInnen der Bewegungen zur Rettung vermisster Personen und der PTM das Recht erhalten, VertreterInnen zu wählen, die das Recht haben, die Gefängnisse und Verstecke zu untersuchen, in denen Menschen ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden.
- Wir fordern ein Ende aller Militäroperationen in Pakistan. Es gibt einen einfachen Weg, den „Krieg gegen den Terror“ in Pakistan zu beenden: Der Staat sollte seine gesamte Unterstützung für fundamentalistische und terroristische

Organisationen in Pakistan und

Afghanistan einstellen! Der pakistanische Staat handelt nicht „antiimperialistisch“, wenn er das pakistanische Volk aus

sektiererischen Gründen spaltet und das afghanische Volk abhängig hält.

- Wir unterstützen uneingeschränkt den Widerstand gegen die kriminelle Besetzung Afghanistans und die Verbrechen an unseren afghanischen Brüdern und Schwestern. Wir freuen uns auf den Tag, an dem die ausländischen Streitkräfte besiegt und aus dem Land geworfen werden. Wenn der pakistanische Staat wirklich daran und nicht an seinen eigenen egoistischen Zielen interessiert wäre, würde er alle Nachschubrouten für NATO-Truppen schließen und seine eigene militärische Intervention beenden.

---

## **Der Westen und Venezuela: „Demokratische“ Heuchelei**

*Susanne Kühn, Neue Internationale 235, Februar 2019*

Bundesregierung und EU schlossen sich rasch der Unterstützung der pro-imperialistischen, rechten Opposition in Venezuela an.

Die USA und ihre engsten Verbündeten erkannten den selbsternannten

„Interimspräsidenten“ Guaidó innerhalb kürzester Zeit an und machten deutlich,

dass sie sich mit nichts weniger als dem Sturz von Maduro und seinem Regime

zufriedengeben wollen. In Washington und bei der

„demokratischen“ Opposition  
wird offen ein militärisches Eingreifen erwogen.

Das Kabinett Merkel und die EU schlugen – wie so oft – einen scheinbar mehr vermittelnden Weg ein. Maduro wurde ursprünglich eine „Frist“ von einer Woche eingeräumt. Sollte er bis dahin unter dem Druck von Diplomatie, Sanktionen und kriegerischen Drohungen keine „freien Wahlen“ ausgerufen haben, so würden auch sie den „Demokraten“ Guaidó anerkennen.

Der Unterschied zwischen den beiden Mächten besteht in den Mitteln. Während die einen auf die sofortige Kapitulation und den Rücktritt Maduros setzen, schlagen die anderen „schrittweise“ durch Neuwahlen vor. Nachdem sich Venezuela weigerte, der Erpressung durch die EU Folge zu leisten, erkannte sie auch Guaidó an.

Beide imperialistische Mächte eint schließlich das Ziel: Aufräumen mit den „Roten“, mag sich ihr „Sozialismus“, ihre Wirtschaftspolitik, ihr Regime auch noch so weit von einer realen sozialen Umwälzung entfernt haben. Die USA erhoffen sich von einer Zuspitzung und direkten Konfrontation, ihre traditionelle Dominanz wiederherzustellen zu können. Deutschland und die EU setzen auf „Verhandlungen“, um so bei der Neuaufteilung des Landes auch ein bisschen mitzureden.

Die Sorgen um „Demokratie“, „Menschenrechte“ und die Zivilbevölkerung sind nicht nur vorgeschoben, sie sind auch unglaubwürdig wie selten: kaum ein/e rechte/r, populistische/r PolitikerIn aus der „westlichen Wertegemeinschaft“, der/die Guaidó nicht als Vertreter seiner/ihrer „Demokratie“ auszumachen weiß. Die SachwalterInnen der „Demokratie“ – ob nun rechts-populistisch, liberal, grün oder sozialdemokratisch – verschließen ihre Augen vor der Gefolgschaft eines Guaidó, vor seinen Zielen, vor den Klasseninteressen, die er vertritt. Sie verkommen zu mehr oder weniger enthusiastischen Gefolgsleuten von Trump, Pence und Pompeo, zu nützlichen IdiotInnen des US-Imperialismus oder zynischen Gefolgsleuten der schwächelnden EU.

Wie rasch sich die Lage weiter zuspitzt, ob es den westlichen Mächten gelingt, bedeutende Teile des Militärs auf ihre Seite zu ziehen, werden die kommenden Tage und Wochen zeigen. Die Linke, die Gewerkschaften, alle ArbeiterInnenorganisationen müssen sich in dieser entscheidenden Phase ohne Zögern gegen jede imperialistische Einmischung und Intervention, ob durch Diplomatie, Sanktionen oder Waffengewalt, stellen. Sie dürfen zugleich dem Regime Maduro keinen politischen Blankoscheck ausstellen oder Kritik an seiner Politik verheimlichen. Aber ein Sieg der Rechten und der imperialistischen Mächte würde für die ArbeiterInnenklasse und

die Masse der  
Bevölkerung eine Niederlage mit enorm reaktionären  
Auswirkungen auf ganz  
Lateinamerika bedeuten. Daher: Nein zur „demokratischen“  
Heuchelei! Hände weg  
von Venezuela!

---

## **Unter dem Stacheldraht: EU verschärft Migrationsregime**

*Jürgen Roth, Neue Internationale 235, Februar 2019*

Nahezu alle  
Teilnehmerstaaten des EU-Gipfels im Juni 2018 wollten hier die  
Zahlen der nach  
Europa kommenden MigrantInnen senken bzw. stärker  
kontrollieren. Einig waren  
sich die EU-Staats- und RegierungschefInnen in der engeren  
Kooperation mit  
„PartnerInnen“ wie dem ägyptischen Al-Sisi-Regime, der  
Aufrüstung der  
Grenzschutzagentur Frontex von 1.500 auf 10.000  
Mitarbeiterinnen – Anfang  
Dezember 2018 erst einmal von Ende 2020 auf 2027 verschoben –  
und der  
Einrichtung „kontrollierter Zentren“, also Massenlagern für  
MigrantInnen. Der  
Streit mit den Visegrad-Staaten Polen, Slowakei, Tschechien  
und Ungarn, die im

Rahmen der Umverteilung innerhalb der EU keine Menschen aufnehmen wollen, schwelt indes weiter. Die angekündigte Reform der Dublin-Verordnung ist ebenfalls gescheitert.

Im Vergleich zu 2015 und 2016 ist die Zahl derjenigen, die es nach Europa schaffen, stark gesunken. Zudem haben sich die Migrationsrouten vom Balkan über Italien nach Spanien verschoben. Ein Grund dafür ist der im März 2016 unterzeichnete EU-Türkei-Deal, ein weiterer seit Juni mit Antritt der neuen italienischen Regierung die Kriminalisierung der privaten Seenotrettung. Im Südosten, so auf den griechischen Inseln und in Nordbosnien, leben immer noch etliche, die 2015 auf der „Balkanroute“ stecken geblieben sind. Gleichzeitig wurde/n in zahlreichen Mitgliedsstaaten der Union das Asylrecht geschliffen und restriktivere Regeln für Eingewanderte eingeführt.

## **Salzburger Gipfeltreffen**

28

EU-Mitgliedsstaaten trafen sich am 19.9.2018 in Salzburg und debattierten Wege zu einem einheitlichen Asylsystem. Im Mittelpunkt standen Debatten über

Flüchtlingsdeals, Lager in Nordafrika, die Behinderung und Ausschaltung der zivilen Seenotrettung. Die österreichische EU-Präsidentschaft erneuerte ihren Vorschlag, Flüchtende außerhalb der EU-Grenzen in „Rückkehrzentren“ festzusetzen und auf europäischem Boden überhaupt keine Asylanträge mehr zu akzeptieren.

Bis Mitte

September 2018 hatten 74.388 Schutzsuchende Europa übers Mittelmeer erreicht, 1.600 kamen dabei zu Tode. Ankünfte gingen zurück, die Todesrate stieg – das Ergebnis rigorosen Vorgehens staatlicher Behörden gegen die zivile Seenotrettung und ihrer Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache. Der Europäische Rat gewährte den libyschen „PartnerInnen“ im Juni 2018 völlige Handlungsfreiheit und forderte, im Mittelmeer verkehrende Schiffe dürften diese nicht stören. In libyschen Flüchtlingslagern hatte sich die Zahl der Schutzsuchenden von März bis Ende Juli von 4.400 auf über 10.000 mehr als verdoppelt – darunter 2.000 Frauen und Kinder. Folterungen, Vergewaltigungen und Morde sind hier an der Tagesordnung.

## **Reaktionäre**

# Abkommen

Seit

Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals herrscht Ausnahmezustand auf den

griechischen-Ägäis-Inseln. Allein auf Lesbos saßen ca. 10.000 Flüchtende fest.

60 % der Ankommenden sind Frauen und Kinder, die aufgrund restriktiver

Familiennachzugsregeln wieder auf Schlepperboote zurückverwiesen sind. Von den

55.000 in Libyen beim UNHCR (UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge) Registrierten

wurden zwischen November 2017 und Ende Juli 2018 1.536 nach Niger im Rahmen des

Emergency Transit Mechanism (Notüberführungsmechanismus) evakuiert. Nur 339

Schutzsuchende fanden Aufnahme in Europa und Nordamerika.

Schaffen es

trotz der von der EU vorangetriebenen Pläne zur Schließung der Mittelmeerroute

doch Flüchtlinge nach Europa, gilt das Motto: Festsetzung, Sortierung,

Abschiebung. Das bedeutet Lager, Haft und entweder vermehrte Abschiebung in die

Heimat oder die „Auslagerung“ in Drittstaaten. Die EU-Kommission legte am

28.7.2018 ein Konzept für die Einrichtung von „Kontrollierten Zentren“

innerhalb und „Regionalen Ausschiffungsplattformen“ außerhalb der EU-Grenzen

vor. In ersteren sollen gerettete Bootsflüchtlinge bis zu 8 Wochen untergebracht

werden, „Asyl-Screening“ und Verteilung stattfinden. Ein Schnellverfahren soll binnen 72 Stunden über Anerkennung, Ablehnung oder Unzulässigkeit der Anträge entscheiden. Letztere unterscheiden sich davon nur dadurch, dass die EU die Verantwortung und die Plattformen auf Nordafrika abwälzt. Die österreichische Hardcorevariante dessen sind „Rückkehrzentren“. Hier sollen alle Asylanträge gestellt werden, in Europa keine mehr. Dort sollen auch alle Personen untergebracht werden, die um Bleiberecht ersuchen bzw. abgewiesene AusländerInnen, die aus in ihrer Person liegenden Gründen (subsidiäre Schutzbedürftigkeit) oder mangels Aufnahmebereitschaft ihrer Herkunftsstaaten nicht wieder in die Heimat geschickt werden können.

Mehr Geld und Einsatzkräfte für Frontex stand ebenfalls in der Brüsseler Vorlage vom 12.9.2018. Hier herrschte einhellige Akzeptanz. Der Beginn dieser Maßnahmen verzögert sich indes (s. o.). Die Verhandlungen über eine umfassende Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS), v. a. die Dublin-IV-Verordnung, verliefen dagegen zäh und erzielten kein Ergebnis. PRO ASYL hatte die GEAS-Vorlage aus dem Jahre 2016 als Orbánisierung der europäischen Flüchtlingspolitik bezeichnet: kollektive Aushebelung des Zugangs zum Asylverfahren und Auslagerung der Verantwortung auf

Drittstaaten v. a.  
Nordafrikas, Unterbindung der Weiterwanderung von  
Asylsuchenden und  
Geflüchteten innerhalb der EU. Die Organisation spricht von  
einem  
Paradigmenwandel im europäischen Flüchtlingsschutz, der das  
individuelle  
Asylrecht in der Union infrage stelle. Dass das EU-Parlament  
am 12.9.2018 mit  
deutlicher Mehrheit für die Einleitung eines Strafverfahrens  
nach Artikel 7 des  
EU-Vertrages gegen Ungarn gestimmt hat, dürfte ein schwacher  
Trost für diese  
Orbánisierungsgegnerin bleiben.

## **Für eine Aktionskonferenz!**

Die  
rassistischen Gesetzesverschärfungen in der EU und der  
Vormarsch rechtsextremer  
Kräfte verdeutlichen die Dringlichkeit des Aufbaus einer  
europaweiten  
anti-rassistischen Bewegung. Nur so können Klassensolidarität  
mit den  
Geflüchteten, der Kampf gegen die Abschottung und  
Militarisierung der  
EU-Außengrenzen sowie gegen Angriffe der RassistInnen, der  
KapitalistInnen und  
der Regierung nachhaltig und erfolgreich werden. Wir schlagen  
daher eine  
Aktions- und Strategiekonferenz vor, die folgende Forderungen  
diskutieren  
sollte:

- AfD, Pegida, rassistischen und faschistischen Mobilisierungen entgegenreten! Organisierte Selbstverteidigung und Solidarität gegen rassistische Angriffe!
- Gegen alle Abschiebungen! Rücknahme aller Verschärfungen der Asylgesetze! Nein zum sog. „Integrationsgesetz“! Keine rassistischen Sondergesetze wie „Burkaverbot“ oder Einschränkung des Nachzugs von Verwandten! Bereitstellung von sicherer Unterbringung (z. B. in Frauenhäusern) für Frauen und sexuell Unterdrückte! Für offene Grenzen! Seenotrettung ist kein Verbrechen – weg mit der Festung Europa!
- Volle StaatsbürgerInnenrechte für alle Geflüchteten und MigrantInnen! Recht auf Arbeit und Mindestlohn von 12,- Euro netto/Stunde für alle! Öffentliches Wohnungsbauprogramm! Beschlagnahme leerstehender Wohnungen und entschädigungslose Enteignung von ImmobilienspekulantInnen, um Wohnraum für alle zu schaffen! Gewerkschaftliche Organisation der Geflüchteten!

---

## **Venezuela: Nein zu dem von den USA geförderten Putschversuch!**

26. Januar 2019

Der Machtkampf hat in Venezuela eine neue Phase erreicht. Es wird wahrscheinlich ein entscheidender Punkt sein. Am Mittwoch, dem 23. Januar, rief sich Juan Guaidó, bisher Vorsitzender des rechts dominierten Parlaments, bei einer Massenkundgebung der Oppositionskräfte zum Interimspräsidenten des Landes aus. Donald Trump und die US-Regierung erklärten innerhalb weniger Minuten ihre Unterstützung für diesen selbsternannten Präsidenten und erkannten ihn als den einzigen legitimen Vertreter des Landes an.

„Ich werde weiterhin das volle Gewicht der wirtschaftlichen und diplomatischen Macht der Vereinigten Staaten nutzen, um auf die Wiederherstellung der Demokratie in Venezuela zu drängen“, verlas der US-Präsident aus einer vorbereiteten Erklärung.

Dies war natürlich nicht nur eine Bestätigung des Kampfes der rechten Opposition, Präsident Nicolás Maduro zu stürzen und die politische Macht zu übernehmen, sondern auch ein Aufruf an die venezolanischen Streitkräfte, sich gegen das bolivarianische Regime zu erheben und durch einen Putsch die „Demokratie wiederherzustellen“.

Kein Wunder, dass so illustre DemokratInnen wie der halbfaschistische brasilianische Präsident Jair Bolsonaro, der

neoliberale  
argentinische Präsident Mauricio Macri oder der  
rechtskonservative  
kolumbianische Präsident Iván Duque in diesen Chor einfielen.  
Imperialistische  
Demokratien wie Kanada, der Präsident des Europäischen Rates  
der EU, Donald  
Tusk, und seine Hohe Vertreterin für Außen- und  
Sicherheitspolitik, Federica  
Mogherini, folgten schnell der Führung durch die USA. Obwohl  
es ihnen nicht  
gelingen ist, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu  
erpressen,  
diesem Beispiel zu folgen, haben sie 12 lateinamerikanische  
Staaten dafür  
gewonnen, eine Erklärung abzugeben, dass sie Maduro nicht als  
Präsidenten  
Venezuelas anerkennen.

Einige Länder, Kuba, China, die Türkei, Russland und  
Nicaragua, haben die Machtgelüste der Rechten abgelehnt, aber  
China, Russland  
und die Türkei haben dies eindeutig für ihre eigenen  
politischen,  
wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen getan.  
Ausgerechnet von ihnen  
kommt die Ablehnung der „Einmischung in andere Länder“ wie  
eine heuchlerische  
und zynische Farce daher.

Kein Wunder, dass diese selbsternannten VerteidigerInnen der  
nationalen Souveränität wenig Resonanz unter den Massen der  
Welt finden werden.  
Noch wichtiger ist, dass sie nichts tun werden, um den  
venezolanischen Massen,

den ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen des Landes zu helfen, ihre Errungenschaften aus dem ersten Jahrzehnt der „Bolivarischen Revolution“ zu verteidigen.

Nicht minder absurd sind Versuche von Ländern wie Mexiko und Spanien, als Vermittler zwischen der Regierung Maduro, der Opposition und deren imperialistischen UnterstützerInnen zu fungieren. Nur IdiotInnen können glauben, dass die venezolanische Opposition, die einen umfassenden Kampf um die Absetzung Maduros und die Errichtung eines Pro-US-Regimes eröffnet hat, geschweige denn Trump selbst, den Putsch in seinen entscheidenden Tagen zu stoppen aufrufen würden. Nur wenn sie ihr Ziel verfehlen, könnten sie versuchen, solche VermittlerInnen einzusetzen, um eine „Übergangszeit“ einzuleiten, aber nur, um am Verhandlungstisch zu gewinnen, was sie auf der Straße nicht erzwingen konnten.

Die entscheidende Frage für die Opposition ist im Moment nicht „Demokratie“, sondern ob sie die Loyalität der Armee zum Regime brechen kann. Verliert Maduro die Unterstützung der Generäle oder das Oberkommando selbst die Kontrolle über wichtige Teile der Armee, würde dies zu einem mehr oder weniger blutigen Sturz des Präsidenten oder aber zu einem Bürgerkrieg führen. Zu diesem Zeitpunkt wären die USA eindeutig bereit,

entweder offen selbst  
unter Vorwänden wie der „Verteidigung“ ihrer Botschaft oder  
ihrer Staatsangehörigen,  
durch militärische Unterstützung der Opposition oder Hilfe bei  
der Intervention  
ihrer brasilianischen oder kolumbianischen Verbündeten  
einzugreifen. Die  
kommenden Tage dürften entscheidend für die zukünftige  
Entwicklung sein.

## **Kämpft gegen die Rechte, aber keine Illusionen in Maduro!**

Mit dem Ziel, Maduro zu stürzen, versucht die Rechte  
eindeutig, die derzeitige wirtschaftliche, soziale und  
politische Krise des  
bolivarischen Regimes zu nutzen. In den letzten Jahren wurde  
Venezuela von  
negativen internationalen Wirtschaftsentwicklungen wie  
sinkenden Ölpreisen und  
steigenden Schulden getroffen. Die verzweifelten Maßnahmen der  
Regierung haben  
die Situation verschlimmert und es der „bolivarischen“  
Bourgeoisie, den  
BürokratInnen und VermittlerInnen ermöglicht, sich zu  
bereichern, während die  
Massen verarmt sind.

Die Hyperinflation hat die nationale Währung praktisch  
wertlos gemacht. Sie hat den Massen die Möglichkeit genommen,  
für ihre Lebensbedürfnisse  
zu bezahlen, abgesehen von den wenigen mit Zugang zu  
Fremdwährungen. Sie hat

die Geschäfte leer gelassen. Kein Wunder, dass die rechte, pro-amerikanische Opposition in der Lage war, Teile der verarmten Massen um sich zu sammeln, obwohl die westlichen Pro-Putsch-Medien diese Unterstützung durchaus überbewerten dürften.

Als die wirtschaftliche und politische Lage immer prekärer wurde, wandte sich Maduro der Repression und der Wahlmanipulation zu, weil unter Chávez keine wirkliche Demokratie geschaffen wurde, die auf Delegiertenräten von ArbeiterInnen, Armen und Bauern/Bäuerinnen basierte, und weil die Armee nicht durch eine Volksmiliz ersetzt wurde. So konnten die Massen selbst nicht handeln, die wirtschaftlichen und moralischen Grundlagen ihres Selbstbewusstseins wurden untergraben und die Opposition konnte über die besser gestellten Mittelschichten hinaus an Massenunterstützung zulegen.

Zusammen mit den Nachwirkungen der Weltfinanzkrise wurde damit die Utopie der „Bolivarischen Revolution“ auf grausame Weise enthüllt, eine Strategie, die auf dem Glauben beruht, dass es möglich sei, die Interessen des venezolanischen Großkapitals, das privilegierte Leben der städtischen Mittelschicht mit verbesserten Lebensstandards und kulturellen Bedingungen für die ArbeiterInnen, die Bauern/Bäuerinnen und die Armen über Sozialprogramme in Einklang zu bringen.

Bereits unter Chávez geriet dieses utopische „sozialistische“ Projekt in seine eigenen Widersprüche, unter Maduro wurde das Regime zu dem einer permanenten Krise. Im Gegenzug musste es seine eigene Macht zunehmend auf das Militär und die staatliche Bürokratie stützen und damit die eigene soziale Basis noch mehr untergraben. Politisch gesehen wurde sein diktatorischer Aspekt immer offener und er wandte sich auch gegen die linke bolivarianische Opposition, indem es eine bonapartistische Präsidentschaft mit pseudodemokratischen Formen wie der selbst gewählten „konstituierenden Versammlung“ kombinierte.

Es ist zwar klar, dass sich die bolivarianische Regierung und Maduro als unfähig erwiesen haben, Venezuela aus der aktuellen Krise zu führen, aber es wäre falsch und einseitig, nur ihre Inkompetenz und Korruption für die aktuelle Krise verantwortlich zu machen. Der Putschversuch ist Teil eines reaktionären Rollback in ganz Lateinamerika, wo die USA und wichtige Teile der nationalen Bourgeoisien allen reformistischen oder linkspopulistischen Regierungen den Krieg erklärt haben.

Ein Erfolg des Putsches von Guaidó würde weder den Armen noch den Massen in irgendeine Weise zugutekommen. Er würde nur ein weiteres rechtsgerichtetes Regime einführen, um die Macht der multinationalen US-Konzerne und der traditionellen Oligarchie

wiederherzustellen. Es würde  
keines der sozialen Probleme lösen und sicherlich auch nicht  
die Abhängigkeit  
des Landes von Weltmarkt und Imperialismus in Frage stellen.

Der Putsch könnte die USA gegenüber ihren russischen und  
chinesischen RivalInnen stärken, die in Venezuela etwas Fuß  
gefasst haben und er  
würde das kubanische Regime weiter isolieren. Das ist  
natürlich die eigentliche  
Absicht des Weißen Hauses. Sicherlich wird jedes Regime, das  
durch einen  
erfolgreichen Putsch gebildet wurde, nicht „demokratisch“  
sein. Vielmehr wird  
es alles in seiner Macht Stehende tun, um alle  
wirtschaftlichen, sozialen und  
organisatorischen Vorteile zu zerstören, die die Massen unter  
Chávez erlangt  
haben und die Maduro noch nicht einkassiert hat.

Deshalb sollten die ArbeiterInnenklasse, die Bauern und  
Bäuerinnen  
sowie die Armen in Venezuela den Putsch nicht unterstützen.  
Sie müssen ihn vielmehr  
bekämpfen, aber ohne Illusionen in Maduro und seine Politik.  
Sie müssen nämlich  
jede politische Unterstützung für sein katastrophales Programm  
zurückziehen.

Stattdessen müssen sie Sofortmaßnahmen fordern, damit sie  
einer US-Intervention oder der Armee trotzen können, wenn sie  
zur Unterstützung  
der Rechten übergeht. Sie müssen die Bewaffnung der  
ArbeiterInnen, der Bauern/Bäuerinnen

und der Armen fordern, die einen von den USA gesponserten Putsch verhindern wollen!

Sie müssen auch Maßnahmen fordern und selbst Schritte unternehmen, um die Knappheit der lebenswichtigen Vorräte an Nahrungsmitteln, Treibstoffen und medizinischen Hilfsgütern anzugehen, um das brennende Problem des Hungers zu lösen, das vor allem durch die Sanktionen der USA und das Horten von Waren verursacht wird. Dies kann nur durch die Beschlagnahme des Besitzes der PrivatkapitalistInnen in diesem Bereich und durch die Schaffung direkter Verbindungen zwischen Stadt und Land erreicht werden.

Solche Schritte könnten natürlich nicht nur dazu beitragen, dem Putschversuch zu trotzen, sondern auch die politische und wirtschaftliche Krise zu bewältigen; die Notwendigkeit einer revolutionären Alternative zur bolivariischen Führung, der „Boli-Bourgeoisie“ und der Bürokratie anzupacken. Venezuela leidet nicht unter „zu viel Sozialismus“, sondern unter einem Mangel an sozialistischen Maßnahmen. Nur durch entschlossenes Handeln in diesem Bereich kann die Krise angegangen, ein Notfallplan unter der Kontrolle der ArbeiterInnen und Massen durchgesetzt und eine ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenregierung geschaffen werden.

# Internationale Solidarität

Angesichts der Einmischung durch die USA und ihre Verbündeten dürfen die ArbeiterInnenklasse und die Linke international nicht beiseitestehen. Sie müssen sich gegen die Unterstützung der Konterrevolution in Venezuela durch die ImperialistInnen und andere reaktionäre Regime auflehnen.

Sie müssen Proteste gegen den Putsch und Solidaritätsaktionen organisieren. Sie müssen die gesamte ArbeiterInnenbewegung unter den Slogans „Hände weg von Venezuela! Nieder mit dem von den USA unterstützten Putsch!“ vereinen.

Sie müssen den vollständigen Erlass der Auslandsschulden Venezuelas fordern und sich jeder Anerkennung des „Interimspräsidenten“ oder der Hilfe für die rechte Opposition widersetzen!

Die Bedeutung der Entwicklung in Venezuela für die internationale ArbeiterInnenbewegung darf nicht unterschätzt werden. Auch wenn sie Maduro und seinem Regime keine politische Unterstützung gewährt, muss sie anerkennen, dass dessen Sturz durch die rechte Opposition eine Niederlage nicht nur für einen korrupten, „linken“ Bonapartismus, sondern auch für die ArbeiterInnenklasse und die Masse der Bevölkerung bedeuten

würde. Er wäre ein weiterer Sieg für die extreme Rechte, den Neoliberalismus und den US-Imperialismus und sicherlich ein großer Schritt in Richtung weiterer solcher Versuche in Ländern wie Bolivien oder Kuba.

Ein Sieg der Kräfte der Reaktion würde nicht nur Maduro verdrängen. Es wäre ein Putsch gegen die ArbeiterInnenklasse und die Masse der Bevölkerung mit dem Ziel, eine Lösung der venezolanischen Krise zu ihren Gunsten zu verhindern.

Die Katastrophe des „Bolivarianismus“ beweist die Notwendigkeit, sich einer echten revolutionären Perspektive zuzuwenden, die die Enteignung der großen KapitalistInnen, den Ersatz der stehenden Armee durch eine Miliz der werktätigen Massen und eine Planwirtschaft unter der Leitung der ArbeiterInnen umfasst. Es braucht, kurz gesagt, die Perspektive der permanenten Revolution, die auch die Ausbreitung dieser Revolution auf alle Länder der Region und darüber hinaus einschließt.

---

# USA: Shutdown für rassistische Grenzmauer

*Tobi Hansen, Infomail 1039, 25. Januar 2019*

Seit dem 22.

Dezember haben 800.000 MitarbeiterInnen der US-Regierung ihre Gehaltsschecks

nicht erhalten. Etwas mehr als die Hälfte musste weiterhin ohne Lohn arbeiten

und Zwangsarbeit leisten. Die anderen sind im erzwungenen Urlaub. Diese

Haushaltssperre findet bereits in der sechsten Woche statt – ein historischer

Rekord. Infolgedessen erfahren Millionen von AmerikanerInnen, die vom sozialen

Sicherheitsnetz des Bundes abhängig sind, auch zunehmendes Elend.

Die Abschaltung

ist das Ergebnis einer Pattsituation zwischen dem Repräsentantenhaus und der

US-Regierung. Es spielt Trump einerseits gegen Nancy Pelosi, die demokratische

Mehrheitsführerin im Repräsentantenhaus, und „Chuck“ Schumer, den

demokratischen Minderheitenführer im Senat, andererseits aus.

Eine

Haushaltssperre der Regierung ist an sich nicht ungewöhnlich.

Ein sechzehn Tage

dauernder Shutdown ereignete sich im Oktober 2013 unter Barack Obama. Die Trump-Administration hat bereits im Januar letzten Jahres eine kürzere gesehen. Solche Konflikte sind Teil der politischen Gymnastik, die die US-Verfassung dank ihrer „Gewaltenteilung“ zulässt. Das passiert in der Regel, wenn das Repräsentantenhaus, das den Jahreshaushalt der Verwaltung genehmigen muss, in den Händen einer Partei und das Präsidium in den Händen ihrer GegnerInnen liegt.

Seitdem die DemokratInnen im November die Kontrolle über das Haus wiedererlangt haben, versuchen sie, Trumps „Prestigeprojekt“, die 5 Milliarden Dollar teure Grenzmauer, zu verhindern und haben sich daran gemacht, ihre eigenen Ausgabenprioritäten dagegensetzen. Normalerweise wird nach vielen Manövern auf allen Seiten ein Kompromiss erzielt, der eine neue Staatsverschuldung zulässt – wie bei „Obamacare“, dessen Abschaffung eine weitere Trump-Wahlflaggschiffpolitik war.

Die Schwere und Dauer dieser Krise zeigt die tiefe Polarisierung der US-Gesellschaft. Auf der einen Seite muss Trump der Feindseligkeit seiner sozialen Basis gegenüber MigrantInnen Vorschub leisten, die er für die sozialen Missstände und den wirtschaftlichen Niedergang der „alten“ Industriegebiete

verantwortlich macht.

Auf der anderen Seite müssen die DemokratInnen radikal sprechen, um den Zorn der verschiedenen Gemeinschaften und Teile der ArbeiterInnenklasse widerzuspiegeln, die unter den Hammer von Trump und RepublikanerInnen auf Bundesebene kommen.

## Effekte

Die 800.000

MitarbeiterInnen sind ein Viertel aller Bundesangestellten.

Dazu gehören auch

diejenigen, die den bereits verwüsteten Sozialdienstleistungssektor leiten.

Selbst Wachen in Bundesgefängnissen arbeiten unentgeltlich.

GrenzschutzbeamtenInnen und FBI-AgentInnen sind jedoch ausdrücklich vom Shutdown ausgeschlossen.

Neben den

Bundesbeschäftigten sind Tausende von SubunternehmerInnen, die für den

öffentlichen Sektor arbeiten, sowie viele Selbstständige im öffentlichen Dienst

betroffen, so dass insgesamt Millionen von Lohnabhängigen ihre Löhne gekürzt

wurden. Kleine Unternehmen, die den Bundesbehörden dienen, sind ebenfalls stark

betroffen. Obwohl Trump ein Notfallgesetz verabschiedet hat, das die

Rückzahlung von Gehältern für direkte Bundesbedienstete verspricht, werden

viele der anderen ArbeiterInnen, die unter „Kollateralschäden“

leiden, nach  
Ablauf der „Stilllegung“ nicht mehr alle Ausfälle  
zurückerhalten. In der Tat  
werden sie für 2019 eine erhebliche Lohnkürzung erleiden.

Unterdessen  
haben die Auswirkungen auf ihr Leben begonnen, die Medien zu  
interessieren: mit  
Berichten über ihre Schwierigkeiten bei der Erfüllung von  
Versorgungsrechnungen, der Zahlung von Hypotheken und Mieten,  
wobei einige  
sogar gezwungen sind, ihre Autos zu verkaufen oder alles  
andere, woraus sie  
Geld machen können.

Einige höher  
qualifizierte Berufe wie z. B. FluglotsInnen haben eine Klage  
eingereicht, mit  
der sie die Rückerstattung ihrer Löhne verlangen. Aber  
abgesehen von diesen  
Berufsgruppen gibt es bisher kaum direkten Widerstand der  
MitarbeiterInnen  
gegen die Schließung. Die American Federation of Federal  
Employees hat keine  
landesweiten Abwehrmaßnahmen über Streikposten und kleine  
Proteste hinaus  
durchgeführt. Stattdessen ging sie zum Pelosi-Trump-  
Pokerspiel, auf Kosten der  
MitarbeiterInnen, über. Aber die anhaltende Streikwelle von  
LehrerInnen in  
Kalifornien, die denen im Mittleren Westen, Wisconsin,  
Arkansas und Oklahoma  
folgt, zeigt, was getan werden kann, wenn die Klasse den Kampf  
aufnimmt und die  
Solidarität anderer Sektoren organisiert und gewinnt.

# Trumps rassistische Jagd gegen Immigranten

Die Schließung

hängt von Trumps Versprechen ab, die Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen.

Sie ist der symbolische Appell an seine soziale Basis, die Mittelschicht und

Teile der ArbeiterInnenklasse, die er getäuscht hat, weil er vorbrachte, ihre

sehr realen wirtschaftlichen und sozialen Probleme seien das Ergebnis

lateinamerikanischer und muslimischer EinwanderInnen und US-amerikanischer HandelsrivalInnen

wie China oder Deutschland. Die Mauer, so behauptet er, sei notwendig, um eine

„Invasion“ von DrogendealerInnen, KinderhändlerInnen, TerroristInnen und

KrankheitsüberträgerInnen zu verhindern: die EinwanderInnen seien also dafür

verantwortlich!

Die

DemokratInnen haben das Recht, sich dem rassistischen Prestigeprojekt von Trump

und ebenso jedem „Kompromiss“ zu widersetzen, der einen billigeren Stahlzaun

anstelle einer Mauer vorsieht. Aber das bedeutet nicht, dass diese eine

rassistische Einwanderungspolitik per se ablehnen. In beiden Häusern stimmten

sie für die Finanzierung der so genannten „ICE“-Deportationslager (Immigration

and Customs Enforcement; deutsch: Durchsetzung von

Zwangsmaßnahmen zwecks Zoll- und Einwanderungspolitik), in denen Kinder inhaftiert sind, ebenso wie die Rekorddeportationen (über 3 Millionen) nach Mittelamerika während der Amtszeit Obamas. Sogar die selbsternannte Sozialistin Alexandria Ocasio-Cortez hat dafür gestimmt, obwohl im Protokoll steht, dass sie die ICE abschaffen will.

Als „Bestechung“ für die 5-Milliarden-Dollar-Mauer hat Trump angeboten, den vorübergehenden Stopp der Abschiebung der „Dreamer“ (deutsch: TräumerInnen, hier: Söhne und Töchter illegaler ImmigrantInnen gemäß dem Kürzel einer Gesetzesinitiative für sie, dem Development, Relief, and Education for Alien Minors Act) zu regulieren. Dies war das Obama-Projekt, bei dem mehreren hunderttausend jüngeren MigrantInnen die StaatsbürgerInnenschaft garantiert wurde, geknüpft an ihren „Erfolg“ in der Schule. Es handelte sich um ein typisch halbherziges Mittel der US-DemokratInnen. Wurden die geforderten Bildungsziele nicht erreicht, entzog man das Aufenthaltsrecht und führte die Abschiebung durch. Offensichtlich sind die DemokratInnen weder wirkliche VerteidigerInnen der Rechte von MigrantInnen noch der von Schwarzen, IndianerInnen und anderen Minderheitenangehörigen dieses Landes.

Ihnen geht es eigentlich nur um ein Kräftemessen mit Trumps Weißem Haus. Sie sehen eine einmalige Gelegenheit, seine Gesetzgebung zu blockieren und sogar Bedingungen für ein Amtsenthebungsverfahren zu schaffen. Das Kabinett ist aktuell schwach durch erzwungene und unvorhergesehene Rücktritte von MinisterInnen. Nur die wichtigsten AkteurInnen im Interesse des Finanzkapitals, Finanzminister Mnuchin, Handelsminister Ross und Bildungsministerin DeVos, haben ihre Posten behalten. Unterdessen haben die Untersuchungen über die Aktivitäten Russlands und die Geschäfte Trumps viele Aktenschranke gefüllt.

## **Was ist zu tun?**

Die Einwanderungsfrage steht bei den Haushaltsverhandlungen im Mittelpunkt, nicht nur, weil Trump es so verkauft hat, sondern auch wegen einer globalen Krise, die durch Kapitalismus und Imperialismus verursacht wurde. Tausende von MigrantInnen sind zur mexikanisch-texanischen Grenze marschiert. Sie werden von der Grenzpolizei festgehalten, Tränengas ausgesetzt und von Internierung bedroht. Zehntausende, darunter viele Kinder, sind bereits in US-Deportationslagern.

Die

Kongressmanöver der DemokratInnen gehen dieses Problem nicht an. Auch die US-Gewerkschaften haben nichts Ernstes getan, um die ArbeiterInnenbewegung zu mobilisieren, sich für ihre Klassenbrüder und -schwestern einzusetzen. Wenn sie dies täten, wäre dies ein großer Schritt vorwärts im Kampf gegen den Rassismus von Trump und seinen AnhängerInnen.

Daran kann man jetzt

sehen, wie Trumps Rassismus sowohl die Bundesangestellten als auch die Millionen trifft, die von den Bundesdiensten abhängig sind, deren Finanzierung der Präsident kürzen möchte. Dies zeigt, dass Solidarität zwischen allen Bereichen dringend erforderlich ist.

Eine

Führungsrolle sollte die US-Linke übernehmen wie die heute 54.000 Mitglieder starken Demokratischen SozialistInnen (DSA) sowie ganz linke Gruppen wie die Socialist Alternative (Mitglied der KAI; deutsche Schwesterorganisation: SAV) und die International Socialist Organization (mit permanentem Beobachterstatus in der Vierten Internationale; deutsche Schwesterorganisation: ISO). Das gilt auch für diejenigen wie Bernie Sanders, die auf dem Ticket der DemokratInnen gewählt wurden, sich aber SozialistInnen nennen.

Trump hat gedroht, einen Ausnahmezustand zu verhängen, um seine Mittel ohne Zustimmung des Kongresses zu erhalten. Dies würde eine schwere Verfassungskrise in den USA auslösen, was wahrscheinlich sein charakteristisches Getöse erklärt, gefolgt von Zögern. Es gibt bereits Zeichen, dass RepublikanerInnen über die Länge des Shutdowns geteilter Meinung sind. Wenn jedoch die FeindInnen der ArbeiterInnenklasse entzweit sind, ist es ein guter Zeitpunkt, sie hart zu treffen. Alle Themen und Fronten des Kampfes würden davon profitieren.

Mit den LehrerInnen im bundesweiten Kampf, mit den Millionen von öffentlichen Angestellten in Staaten und Kommunen, die von sinkenden Löhnen und gekürzten Staatshaushalten betroffen sind, mit kürzlich wiederbelebten schwarzen und Frauenbewegungen sollte die US-ArbeiterInnenschaft ihre Stärke zeigen und ein Ende der Ämterschließung und Aufhebung des Mauerprojekts fordern. Die Linke sollte auch den Ruf nach offenen Grenzen und gleichzeitig massiver Entwicklungshilfe ohne Bedingungen für die von Armut betroffenen und ausgebeuteten Länder Mittelamerikas erheben. Der erste Schritt dazu wäre eine Annullierung ihrer Schulden an imperialistische Staaten und Konzerne. All das wären Schritte, die letztlich im Kampf um die Abschaffung des kapitalistischen Systems und die Errichtung einer internationalen

Planwirtschaft mit Schwerpunkt auf Verbesserung der Lebensqualität für die Milliarden Werktätigen in der „3. Welt“ münden müssten – den letzt einigen auf Dauer wirksamen Mittel zur Abschaffung von Armut und Hunger.

Aber für eine solche Politik müssen US-ArbeiterInnen und junge AktivistInnen ihre Illusionen in die DemokratInnen ablegen – auch in die jüngere „linke“ oder „sozialistische“ Variante. Anstelle der alternativen Partei der Wall Street müssen sie sich dafür engagieren, eine neue ArbeiterInnen- und sozialistische Partei aufzubauen, um für unsere Klasse und all jene zu kämpfen, die unterdrückt und ausgebeutet werden.

---

## **Brasilien:                   Bolsonaros Amtseinführung – der Putsch geht weiter!**

*Liga Socialista Brazil, Infomail 1038, 18. Januar 2019*

Es sollte von Anfang an klar sein, dass die Wahl von Bolsonaro die Fortsetzung des Putsches ist, der die ehemalige Präsidentin Dilma

Rousseff von der ArbeiterInnenpartei PT gestürzt und die demokratischen und sozialen Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse seit dem Sturz der Militärdiktatur angegriffen hat. Zu dieser Zeit verteidigte der damalige Abgeordnete Jair Bolsonaro den Putsch entschieden und nutzte den Moment, um nicht nur Präsidentin Dilma, sondern auch PT-AnhängerInnen im Allgemeinen, SozialistInnen, soziale Bewegungen und Gewerkschaften zu attackieren. In Anbetracht dessen ist es einfacher zu erkennen, dass die Amtseinführung von Bolsonaro als Präsident nichts anderes ist als die Fortsetzung dieses Putsches. Bei einem Staatsstreich unternehmen die PutschistInnen keinen so wichtigen Schritt, nur um später in einem Wahlprozess die Macht so einfach „demokratisch“ aufzugeben. Es wäre zu naiv zu glauben, dass dies passieren könnte.

Die Wahlen 2018 in Brasilien waren nichts anderes als ein Betrug der PutschistInnen, mit der schlichten und einfachen Absicht, dem Projekt der Eliten eine demokratische Fassade zu verleihen. Der Plan war einfach: Wahlen abhalten, aber verhindern, dass die beliebteste politische Führungsfigur des Landes, Lula, kandidiert. Sie verurteilten ihn ohne Beweise in erster und zweiter Instanz und hielten ihn gefangen. Die Inhaftierung von Lula ist ein weiterer Angriff auf die demokratischen Freiheiten, was ihn zu

einem politischen Gefangenen macht, der freigelassen werden sollte.

## Die Amtseinführung

Die Amtseinführungszereemonie von Bolsonaro machte deutlich, dass er nicht so viel Unterstützung in der Bevölkerung hat, wie behauptet wurde. Die Massenmedien wetteten auf die Anwesenheit von mehr als 200.000 Menschen, es gab sogar diejenigen, die 500.000 voraussagten. Was wir sahen, war viel weniger. Im Vergleich zu den Mobilisierungen von ArbeiterInnen, die zu anderen Zeiten stattfanden, kann man schätzen, dass die Zahl weniger als 50.000 betrug. Die Boulevardzeitungen versuchten mit viel Photoshop-Bearbeitung, diese Zahl auf 115.000 zu erhöhen.

In seiner Antrittsrede zeigte Bolsonaro, dass er immer noch so tut und denkt, als befinde er sich noch in seinem Wahlkampf. Darin verteidigte er die „Heiligkeit der Familie“, griff linke Ideologien an, lobte die Gewalt der Polizei. Dies zeigt deutlich seine halbfaschistische Seite und stellt die Idee eines „enorm mächtigen Feindes der ‚echten‘“ BrasilianerInnen in den Mittelpunkt seiner Politik, der unbedingt bekämpft werden muss:  
PT-UnterstützerInnen im „tiefen Staat“, SozialistInnen, GewerkschafterInnen,

die angebliche linke Mehrheit unter LehrerInnen und Intellektuellen, LGBTs, Schwarze und alle sozialen Bewegungen.

So verstärkt Bolsonaro die Feindseligkeit gegen links und das, was er ihre „widerwärtigen Ideologien“ nennt, indem er die Flagge Brasiliens schwenkt und bekräftigt: „Das ist unsere Flagge, die nie rot sein wird. Sie wird nur rot sein, wenn es unser Blut braucht, um sie grün und gelb zu halten.“ Im Mittelpunkt seiner Rede stand die Notwendigkeit, das Land „vom Sozialismus zu befreien“. Ein weiteres Element des Halbfaschismus ist hier seine Erfindung eines gefährlichen Feindes des Landes, der nicht wirklich existiert. Schließlich waren es die PT-Regierungen, unter denen die Bankiers und Bäckerinnen ihre größten Gewinne erzielten. Nicht nur die größte Bank des Landes, Itaú Unibanco, bewegte sich unter diesem so genannten „Sozialismus“ jedes Jahr von einem Rekordgewinn zum nächsten.

## **Die Angriffe**

Während Bolsonaro mit seiner halbfaschistischen Propaganda weitermacht, übernehmen seine MinisterInnen die Führung und haben die Angriffe auf die ArbeiterInnen bereits skizziert. So rief der Wirtschaftsminister Paulo Guedes auf: „Lasst uns die Kreditmärkte vom Staat befreien.“

Guedes betonte die Bedeutung einer liberalen Trendwende in Brasilien nach Jahrzehnten sozialdemokratischer Verwaltung. Darüber hinaus unterstrich er, dass es neben der Kontrolle der Staatsausgaben notwendig sei, die Privatisierungspolitik voranzutreiben. „Die Idee ist, alles an die Privatwirtschaft zu verkaufen“, sagte Salim Mattar, der das Privatisierungssekretariat übernommen hat.

Neben Privatisierungen und Renten„reformen“ ließ sich Guedes die Gelegenheit nicht entgehen, auch die Rechte der ArbeiterInnen aufs Korn zu nehmen, indem er erklärte, dass das Land „zukünftige Generationen von den arbeitsrechtlichen Regulierungen und sozialen Sicherungssystemen befreien muss“. Er erklärte auch, dass er „jungen Menschen die Möglichkeit geben will, im Rahmen der grünen und gelben Arbeitserlaubnis zu arbeiten“, d. h. die vom CLT garantierten Rechte zu streichen (Kommentar des Übersetzers: CLT, Consolidação das Leis do Trabalho, Konsolidierung der Arbeitsgesetze, sind die alten Arbeitsgesetze, die reguläre Arbeitsbedingungen definieren, im Vergleich zu atypischen Arbeitsverhältnissen, die die „Ausnahmen“ mittels roter und gelber Karten bilden). In der Tat ist es keine Option, sondern ein Mangel an Auswahl, denn in diesem Fall muss der/die Jugendliche

akzeptieren oder  
arbeitslos sein. (Quelle:  
<https://www.valor.com.br/brasil/6046141/guedes-defende-desestatizacao-d...>)

## Den Kampf organisieren

Die Regierung irrt, wenn sie glaubt, dass die ArbeiterInnenklasse passiv zusehen wird, wie diese Angriffe durchgeführt werden. Die Perspektive besteht im Kampf, einem großen Kampf. Die Lohnabhängigen sind sich bewusst, wie viel es sie kosten wird, wenn die Rentenreform, weitere Angriffe auf das Arbeitsrecht, Privatisierungen, Kürzungen im Gesundheits- wie im öffentlichen Bildungswesen von der neuen Regierung durchgesetzt werden.

Die Vorschläge der Regierung Bolsonaro stellen eine grundlegende Bedrohung für die ArbeiterInnenklasse dar: Lohnabhängige ohne Rechte, mit sehr niedrigen Löhnen und ohne das Recht auf Rente: Das bedeutet, wie SklavInnen zu arbeiten, bis sie sterben oder alt und arbeitslos werden und als BettlerInnen überleben.

Angesichts dieser Situation muss unsere Antwort der Herausforderung angemessen sein: Die Regierung von Bolsonaro ist die

Fortsetzung des Putsches, der Dilma Rousseff gestürzt hat, und sie bedeutet, all diese Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse durchzuführen. Deshalb erkennen wir seine Legitimität in keiner Weise an.

Wir werden mit allen unseren Kräften gegen die Reformen der sozialen Sicherheit, die Angriffe auf das Arbeitsrecht, Privatisierungen und alle anderen Maßnahmen kämpfen, die uns von dieser illegitimen und halbfaschistischen Regierung aus angreifen.

Wir müssen uns sofort an der Basis organisieren. An jedem Arbeitsplatz, in jeder Schule, in jeder Nachbarschaft müssen wir Widerstandskomitees bilden. Wo sie bereits existieren, müssen wir sie erweitern. Dieser Kampf muss von unten nach oben geführt werden, was die Gewerkschaftsführungen und die linken Parteien zwingt, die Bewegung zu führen. Entscheidungen müssen von den Widerstandsausschüssen und den Parteien getroffen werden, und die Gewerkschaften müssen sie unter ihrer Kontrolle in die Praxis umsetzen. Nur so werden wir eine echte Widerstandsbewegung haben, wirklich demokratisch, die uns zum Sieg führen wird!

- Gegen die Rentenreform!
- Verteidigung aller Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse!
- Gegen Privatisierungen!
- Freiheit für Lula!

- Weg mit Bolsonaro!
  - Generalstreik!
- 

# **Nebensache Klassencharakter? Zur Taktik gegenüber den „Gilets Jaunes“**

*Martin Suchanek, Infomail 1038, 18. Januar 2018*

Die „Gilets Jaunes“ (= GJ; „Gelbe Westen“) treiben Europa um. Europaweit erfahren sie Unterstützung und Sympathie seitens unterschiedlichster politischer Kräfte – von der extremen Rechten bis zur radikalen Linken, von (Teilen der) Linkspartei bis hin zur AfD. Auch wenn die GJ auf ihrem bisherigen Höhepunkt im November 2018 mehrere Hunderttausend auf die Straße brachten, so sind sie doch kleiner als anderen Bewegungen im Frankreich der letzten Jahrzehnte – ganz zu schweigen von ihrer geringeren politischen Bewusstheit. Selbst ihre Militanz erscheint nur auf den ersten Blick tiefer gehend, also nur dann, wenn z. B. Straßenschlachten auf der (Avenue des) Champs Élysées oder Straßenblockaden als höhere Form des Kampfe betrachtet werden als wochenlange Streiks oder Besetzungen von

Betrieben,  
Schulen oder Universitäten.

Trotzdem – oder vielleicht auch gerade deswegen  
– erklären sich die italienische Regierung Salvini, die Fünf  
Sterne, die  
französischen Linken (La France Insoumise = FI, Unbeugsames  
Frankreich; die Nouveau  
Parti anticapitaliste = NPA, Neue antikapitalistische Partei;  
oder Lutte  
Ouvrière = LO; Arbeiterinnenkampf) und die Rechte  
(Rassemblement National = RN,  
Nationale Sammlungsbewegung; oder  
französische FaschistInnen) zu UnterstützerInnen der GJ.  
Handelt es sich bei  
dieser Gemeinsamkeit um ein bloßes Missverständnis von Seiten  
der linken oder  
rechten ParteigängerInnen – oder entspringt diese fragwürdige  
Gemeinsamkeit  
auch dem Charakter der Bewegung selbst? Über die  
Inkonsequenzen und Fragen, die  
das für Rechtsextreme, RassistInnen oder die GaullistInnen in  
Frankreich  
aufwerfen mag, wollen wir uns hier nicht den Kopf zerbrechen –  
wohl aber über die  
Politik der Linken in dieser Bewegung.

In Frankreich entstand in den letzten Monaten –  
anders als in den letzten Jahrzehnten – eine gesellschaftliche  
Kraft, die nicht  
einfach als „links“ oder „fortschrittlich“ charakterisiert  
werden kann. Auf der  
Straße artikulieren sich nicht die ArbeiterInnenbewegung,  
Bewegungen  
rassistisch Unterdrückter oder der Jugend, sondern tritt eine

„Volksbewegung“,  
eine kleinbürgerlich-populistische Bewegung auf. Bei allen Schwierigkeiten des unmittelbaren Vergleichs, so erinnert sie wohl am ehesten an die Bewegung der Fünf Sterne in Italien, die heute Teil einer rechten Regierungskoalition ist.

All das bedeutet keinesfalls, dass die Linke, dass die ArbeiterInnenbewegung in diese nicht intervenieren sollen und müssen.

Die Frage erhebt sich jedoch, wie die ArbeiterInnenklasse politisch die fortschrittlichen Teile einer kleinbürgerlichen Bewegung für sich gewinnen, wie sie diese von den reaktionären und offen bürgerlichen Kräften abspalten kann?

Ohne ein Verständnis des Klassencharakters der GJ kann jede „Intervention“ nur in Impressionismus, Abenteuerertum und Anpassung an deren vorherrschende kleinbürgerliche Ideologie enden. Sich nur als die besseren, entschlosseneren, kämpferischeren, „proletarischeren“, ... „Gelben Westen“ zu gerieren, führt dabei notwendigerweise in die Irre.

Die ArbeiterInnenklasse kann, so die grundlegende These des folgenden Textes, selbst nur die gesellschaftliche Initiative inmitten einer tiefen Krise der französischen Regierung, ja des politischen Systems erlangen, wenn sie als eigenständige gesellschaftliche Kraft, als kämpfende proletarische Klassenbewegung in

Erscheinung tritt. Nur wenn ein solcher Pol in der Aktion und politisch-programmatisch sichtbar wird, kann eine klassenmäßige Differenzierung und Polarisierung der „Gelben Westen“ herbeigeführt werden, können deren proletarischen und fortschrittlichen Elemente von ihren reaktionären getrennt werden.

Bevor wir auf die dafür erforderliche Strategie und Taktik eingehen, wollen wir kurz die Entwicklung der „Gelben Westen“ Revue passieren lassen und ihren Klassencharakter bestimmen.

## **Entwicklung**

Seit gut zwei Monaten prägen die GJ das politische Leben Frankreichs mit. Praktisch jeden Samstag demonstrieren ihre AnhängerInnen in zahlreichen größeren und kleineren Städten gegen die Politik der Regierung Macron. Während der Woche halten kleinere Gruppen an Blockadepunkten aus – an den Samstagen kommt es zu größeren Blockaden oder Demonstrationen samt Zusammenstößen mit Polizei und Sicherheitskräften. Die markantesten und medial am meisten beachtetsten stellen dabei zweifellos die Demos auf der Champs Élysées dar, auch wenn diese für den eher friedlichen Charakter vieler lokaler Blockaden nicht unbedingt repräsentativ sind.

Auf dem bisherigen Höhepunkt der Bewegung, im November 2018, beteiligten sich landesweit über 300.000 Menschen an den Aktionen – seither nahm die Zahl zwar ab, aber am Beginn dieses Jahres stieg sie wieder an. Am 5. Januar gingen in ganz Frankreich zwischen 50.000 bis 60.000 Menschen auf die Straße, am 12. Januar rund 80.000.

Zweifellos hatte die Regierung Macron darauf spekuliert, die Bewegung durch drei Maßnahmen entschärfen zu können. Erstens wurde und wird sie weiter als gewalttätig verteufelt, medial gebrandmarkt und polizeilich unterdrückt. Zweitens sollten späte und halbherzige Zugeständnisse (Rücknahme von Benzinpreiserhöhungen und eine Mindestlohnanhebung für einzelne Sektoren) sowie Verhandlungsangebote die Menschen beschwichtigen. Drittens hoffte die Regierung auf den Kalender, also ein Abflauen über Weihnachten und Neujahr.

All das hat sich nicht oder nur teilweise erfüllt. Der Grund dafür ist nur unschwer zu erkennen. Die Bewegung der „Gelben Westen“ bringt eine tief sitzende gesellschaftliche Unzufriedenheit zum Ausdruck. Diese wird jedoch nicht von gewerkschaftlich organisierten und klassenbewussteren Lohnabhängigen, kämpferischen Jugendlichen und rassistisch Unterdrückten artikuliert, sondern von den „Mittelschichten“, unorganisierten Lohnabhängigen, die vor allem in Klein- und Mittelbetrieben

arbeiten, wie auch  
ihren Chefs, die als KleinunternehmerInnen oder schwächere  
KapitalistInnen auch  
als „Opfer“ der Regierungspolitik und des Monopolkapitals  
erscheinen.

Die Bewegung konnte sich im Großen und Ganzen nicht mit der  
organisierten ArbeiterInnenbewegung und den MigrantInnen aus  
den Banlieues (Vorstädte mit Hochhaussiedlungen) verbinden.  
Darauf verweisen auch nüchterne Bestandaufnahmen von Linken,  
die ansonsten einen sehr positiven Bezug zu den GJ herstellen,  
wie z. B. Léon Crémieux. In dem Artikel [„Yellow vests and the  
workers‘ movement at a crossroads“](#) (Die Gelben Westen und die  
ArbeiterInnenbewegung an einem Wendepunkt) schreibt er:

„Der Bewegung ist es, über die weit gehende  
Sympathie hinaus, die sie erhalten hat, zweifellos nicht  
gelingen, die  
ArbeiterInnenklasse der Vororte und urbanen Zentren in der  
Aktion mit sich zu  
verbinden.“

Diese Entwicklung ist sicherlich zu einem großen  
Teil auch das Resultat von Niederlagen, Teilrückzügen der  
Gewerkschaften und  
der klassenkollaborationistischen Politik der  
Gewerkschaftsbürokratie, die  
selbst eine Konfrontation mit Macron scheut. Aber die  
offenkundigen Vorbehalte  
von größeren Teilen der organisierten ArbeiterInnen und vor  
allem der  
Bevölkerung der Banlieues verweist selbst auch auf den  
kleinbürgerlichen  
Klassencharakter der GJ-Bewegung und deren öffentliches

Erscheinungsbild.

Hier begeht Léon Crémieux einen auch für vielen andere linke UnterstützInnen typischen Fehler. Er scheut vor der Bestimmung des Klassencharakters der Bewegung zurück. Stattdessen behilft er sich mit einem Verweis auf die große Anzahl von Lohnabhängigen, Männern wie Frauen, aus kleineren Betrieben v. a. in den Kleinstädten und auf dem Land. Er gesteht aber auch den bedeutenden Einfluss der Rechten in der Bewegung und rechter, chauvinistischer und rassistischer Einstellungen zu:

„Die Bewegung trägt einen politischen Fakt auf ihrem Rücken: das reale Gewicht der Stimmen für die extreme Rechte unter den Beschäftigten.“

Doch er tröstet sich über diesen ideologischen Einfluss selbst hinweg:

„Aber jenseits der verschiedenen realen rassistischen und homophoben Handlungen sind die Ziele der Gelben Westen, die als für ihre Situation verantwortlich ausgemacht werden, weder MigrantInnen noch Staatsangestellte, die als Sündenböcke von der extremen Rechten so kultiviert werden.“

Diese Bewegung hat sich auf das konzentriert, was sie vereint, die Ablehnung von Steuerungerechtigkeit und die Ablehnung dessen, was sie trennt, insbesondere des Rassismus. Selbst die Kampagne gegen den Marrakesch-Pakt in den letzten Wochen ist an der Bewegung vorbeigegangen, ohne an ihr hängen zu bleiben.“

Das Problem hierbei liegt erstens in der fehlenden Handlungs- und Kampfperspektive gegen den Einfluss der Rechten. Vielmehr beruhigt uns der Autor damit, dass der Rassismus nicht allzu offen hervortritt, sich die Bewegung auf andere Fragen konzentriert. Diese Politik läuft leider auf ein rein passives Hoffen hinaus, dass die Rechten ihre Inhalte nicht weiter forcieren mögen und die GJ nicht weiter nach rechts treiben, sich dieses Problem vielmehr durch eine Ausweitung der Bewegung „von unten“ schon irgendwie lösen würde.

Immerhin erkennen Autoren wie Léon Crémieux oder Bernhard Schmid, der regelmäßig Berichte über die Bewegung liefert, den realen Einfluss der Rechten und Rechtsextremen in ihr an. So spricht Schmid von einem „Zweifrontenkampf“, den die Linken in Frankreich zu führen hätten, „gegen die unbestreitbar zu bekämpfenden rechtsextremen Kräfte (auch in den Reihen der Protestierenden) wie gegen das Regierungslager“ ([http://www.labournet.de/internationales/frankreich/soziale\\_ko](http://www.labournet.de/internationales/frankreich/soziale_ko)

[nflikte-frankreich/frankreich-gelbe-westen-protest-abflauen-war-gestern-derzeit-steht-wiederaufflammen-auf-der-tagesordnung-regierungssprecher-auf-der-flucht/#more-142380](#)).

Eine ebenso schwankende wie widersprüchliche, vor allem aber bloß kommentierende Rolle nimmt die Linkspartei ein. Während Sahra Wagenknecht und „Aufstehen“ in gelben Westen rumlaufen, verweist Bernd Riexinger darauf, dass in Deutschland „eine solche Verbrüderung linker und rechter Gesinnung nicht denkbar“ wäre.

Es wäre jedoch nicht die Linkspartei, wenn im Parteivorstand nicht wieder „Einigkeit“ erzielt werden könnte, so dass sich alle einstimmig „solidarisch“ erklären dürfen. Um diesen Positionswechsel zu erklären, verweist Riexinger darauf, dass „die Bewegung nicht von rechts übernommen werden konnte“, weil „Schüler, Studenten, linke Parteien und Gewerkschaften reingegangen sind“ (<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.linkspartei-chef-zu-gelbwesten-grosse-proteste-bei-uns-sind-moeglich.a448df64-54c6-4fd8-bf0d-038b34f8fd6c.html>). Einmal abgesehen davon, dass die Frage der „Übernahme“ durch Rechte wie auch deren Einfluss längst nicht vom Tisch ist und dieser Kampf weiter anhält, so beschäftigen sich auch Riexinger und die Linkspartei nicht weiter mit dem Klassencharakter der Bewegung.

## **Charakter der Bewegung**

Diese Frage umschifft der größte Teil der Linken

vielmehr. Er begnügt sich vielmehr mit Allerweltsbeobachtungen, dem Verweis auf die „Heterogenität“ und ihre „spontane“ Entstehung „von unten“. Zum anderen verweisen ihre UnterstützerInnen darauf, dass ein großer Teil, wenn nicht die Mehrheit der GJ aus Lohnabhängigen bestehe, wenn auch aus solchen, die gewerkschaftlich nicht organisiert sind und sich bisher auch wenig an politischen Aktionen beteiligt haben.

Dummerweise erschöpft sich die Frage nach dem Klassencharakter einer Bewegung nicht in der Bestimmung ihrer Herkunft und Einkommensquellen. Auch viele andere kleinbürgerlich-populistische Bewegungen haben sich in den letzten Jahren um soziale Belange und demokratische Fragen organisiert, so z. B. auch die Fünf Sterne in Italien. Die Tatsache, dass die bei den GJ in Bewegung gekommenen Schichten jahrelang abseits der organisierten ArbeiterInnenbewegung standen, bedeutet auch, dass sie zuerst von den vorherrschenden Ideologien, vom politischen Einfluss der dominanten französischen Politik geprägt sind. Daher auch der hohe Anteil von Unterstützung der „Rassemblement National“ (RN, ehemals Front National/Nationale Front) in der Bewegung, daher auch die Zuwächse von RN in Meinungsumfragen seit ihrem Entstehen. Zweifellos profitieren von der Bewegung nicht nur die RN und noch radikalere bis faschistische Rechte, sondern auch der

Linkspopulismus eines Mélenchon und von La France Insoumise. Es ist jedoch kein Zufall, sondern reflektiert den Klassencharakter einer kleinbürgerlichen Bewegung, dass fast ausschließlich populistische Kräfte politisch von ihr profitierten.

Er spielt sich auch in deren Forderungen wider. Die wichtigsten richten sich gegen die Besteuerung von Benzin und Diesel und fordern niedrigere Preise. Sie stammen eindeutig aus dem kleinbürgerlichen und populistischen Arsenal. Die Parolen der ArbeiterInnenbewegung gegen regressive indirekte Verbrauchssteuern wie die Mehrwertsteuer und für eine progressive direkte Besteuerung von Vermögen und Unternehmensgewinnen bieten die wirkliche Antwort darauf, wie der Staat notwendige Einkünfte auftreiben soll. Der Fokus auf Preis- und Steuersenkungen macht es jedoch viel einfacher, verschiedene, ja antagonistische Klassen zusammenzubringen, da jedeR „BürgerIn“ davon zu profitieren scheint.

Nicht zuletzt auch die am 3. Dezember veröffentlichten [42 Forderungen der Bewegung](#) offenbaren ihren kleinbürgerlich-populistischen Charakter. Diese lesen sich wie ein politischer Gemischtwarenladen und spiegeln ihre Heterogenität wider. So stehen solche nach Mindestlohn, sicheren Renten, Kindergartenplätzen für alle und anderen sozialen Maßnahmen neben Steuersenkungsforderungen und dem Ruf nach Begünstigung der (französischen) KleinunternehmerInnen im Zentrum. Über wichtige Gesetzesvorhaben verlangt sie Volksabstimmungen,

zugleich aber auch die Verlängerung der Präsidentschaft auf sieben Jahre (statt bisher fünf). Außerdem treten die GJ für „erhebliche Mittel für Justiz, Polizei, Gendarmerie und Armee“, also einen starken Staat ein und erheben auch rassistische Forderungen nach „sofortiger Abschiebung“ abgelehnter AsylbewerberInnen und an MigrantInnen, „französisch zu werden“, inklusive verpflichtender Tests auf ihre „Tauglichkeit“ zur StaatsbürgerInnenschaft.

Zweifellos

ist die Bewegung keine faschistische, aber der Rechtspopulismus spielt in ihr eine bedeutende Rolle. Die Tatsache, dass ein Teil davon auch soziale Fragen aufwirft und höhere Löhne fordert, widerlegt dies nicht. Gleichzeitig gab es Fälle von offenem Rassismus und Homophobie. Solche offen reaktionären und rassistischen Ausbrüche zeigen, auch wenn noch nicht weit verbreitet, dass die Menschen, die die Bewegung zu sammeln versucht, das Volk vornehmlich als „das weiße französische Volk“ betrachtet wird – nicht die gesamte arbeitende Bevölkerung, einschließlich der in den Banlieues lebenden muslimischen und immigrierten ArbeiterInnen.

## **Rolle der Rechten**

Die

Bedeutung von organisierten Rechten und die falsche „Toleranz“

ihnen gegenüber  
wurde bei der Demonstration am 24. November in Paris offenbar.  
Bis zu 10.000 –  
etwa 10 Prozent der geschätzten landesweiten Mobilisierung an  
diesem Tag –  
stießen auf der Champs-Élysées mit der Polizei zusammen und  
die Kämpfe wurden  
von der „extremen Rechten“ angeführt, d. h. von faschistischen  
und  
halbfaschistischen Kräften rechts von der RN. Während die  
meisten  
DemonstrantInnen wahrscheinlich selbst keine FaschistInnen  
waren, zeigten sie  
sich eindeutig bereit, deren Führung an diesem Tag zu  
akzeptieren. Die  
„Bewegung“ und die damit verbundenen Hauptkräfte haben keinen  
klaren Bruch mit  
faschistischen Elementen wie Les Identitaires (BI; Identitärer  
Block – Die  
Europäische Sozialbewegung) gefordert oder versucht, sie zu  
vertreiben. Am 1.  
Dezember kam es zwar zu einzelnen Zusammenstößen zwischen  
Rechten und Linken –  
aber diese stellten leider eine Ausnahme dar. Sie trugen einen  
eher  
episodischen Charakter, wie der Artikel „Gelbwesten:  
Repression und  
Gegenstrategien“  
(<https://www.graswurzel.net/gwr/2018/12/gelbwesten-repression-und-gegenstrategien/>)  
belegt:

„Am  
ehesten geneigt, aus emanzipativer und libertär-  
sozialistischer Sicht die  
militante Revolutionsromantik zu trüben, ist allerdings ein

ganz anderes

Phänomen, das bei diesen Auseinandersetzungen, vor allem am 24. November und am

1. Dezember in Paris zum allerersten Mal überhaupt in der Geschichte sozialer

Kämpfe in Frankreich auftrat. Dass nämlich Militante aus ultra-rechten und

linksradikalen Gruppen bei den Barrikaden zum Teil zusammen auftraten und eine

Art faktische Querfront der Militanz bildeten, vereint im Kampf gegen die

Polizei Macrons. (...)

Vor allem Gruppen der ‚Bastion Social‘

übernahmen in Paris am 24. November die üblich gewordene Strategie der linken

Insurrektionalist\*innen und setzten sich auf der Champs-Élysées an die Spitze

des Demozuges der Gelbwesten, um so sofort in die Konfrontation mit der Polizei

zu kommen. Am 1. Dezember waren wiederum die ‚Bastion Social‘-Militanten als

Erste schon frühmorgens am Arc de Triomphe und schlugen gleich gegen die

Polizei los, bevor dann erst viel später, am Nachmittag, die Insurrektionalist\*innen des ‚Unsichtbaren Komitees‘ und die Antifaschist\*innen

der ‚Action Antifasciste Paris-Banlieue‘ ankamen und die militanten Kämpfe

fortführten. Erst sie zertrümmerten dann Teile des Arc, was die Ultra-Rechten

nie tun würden, sie ehren das dortige ‚Grab des unbekanntes Soldaten‘ als

nationales Heiligtum. Beim Übergang – quasi der Wachablösung – kam es dann zum

Aufeinandertreffen. Von daher erklärt sich auch, wieso genau

an diesem Ort Yvan  
Benedetti, früherer Chef von L'Œuvre française, der im  
Zusammenhang mit dem  
Mord am Antifaschisten Victor Méric 2013 als beteiligt  
verdächtigt wird,  
heutiger Vorsitzender des ‚Parti Nationaliste Français‘ (PNF),  
von in  
Gelbwesten verkleideten Linksradikalen krankenhaushausreif  
geschlagen wurde. Gerade  
weil sich die Militanten zum Teil Gelbwesten überzogen und  
auch ansonsten im  
Streetfighter-Outfit gleich aussehen, liegt der eigentliche  
Erklärungsbedarf  
genau hier: Ist das eine faktische Querfront linksradikaler  
Militanter mit  
Nazi-Militanten?“  
(<https://www.graswurzel.net/gwr/2018/12/gelbwesten-repression-und-gegenstrategien/>)

Der  
kurze Schlagabtausch hatte an diesem Tag einen bloß  
episodischen Charakter.  
FaschistInnen und „Linksradikale“ lösten sich im Kampf um  
dasselbe Ziel,  
denselben Inhalt ab – eine Form der Zusammenarbeit, die nur  
als reaktionär  
beschrieben werden kann. Unabhängig von einzelnen Scharmützeln  
fanden sich hier  
Linksradikale stundenlang in einer Aktionseinheit mit Nazis.

## **Veränderungen?**

Zweifellos haben von Beginn an auch Linke in die

Bewegung interveniert und an manchen Orten entstanden ebenso zweifellos Verbindungen zwischen den GJ und progressiven Kräften, auch mit GewerkschafterInnen und SchülerInnen.

Das ist natürlich ein positiver Schritt, der verdeutlicht, dass Menschen zu einer bewussteren, linken Politik gewonnen werden können. Am kleinbürgerlichen Charakter der Bewegung selbst ändert das noch nichts.

Dass die Forderungen einen eindeutig kleinbürgerlichen Charakter haben, ist unbestreitbar, ebenso der Einfluss von Rechten. Hinter Formeln wie der „Heterogenität“ der Bewegung verbirgt sich vielmehr der Unwille, die Frage zu stellen, welche soziale Kraft, welche Klasse die Bewegung dominiert, welche ihre Führung stellt.

ZentristInnen wie RIO versteifen sich sogar auf den Standpunkt, dass diese Bewegung „aktuell eher führungslos wäre“ (Der Aufstand der Gelbwesten, <https://www.klassegegenklasse.org/der-aufstand-der-gelbwesten/>). Zu dieser Schlussfolgerung vermag man freilich nur zu kommen, wenn die Frage der Führung bloß als Frage der Repräsentanz politischer Parteien und Organisationen, anerkannter, repräsentativer FührerInnen gestellt wird. So gesehen sind die GJ, solange sie keine allgemein anerkannte Form der Wahl von RepräsentantInnen, SprecherInnen usw. gefunden haben, quasi per definitionem führerInnenlos.

Das blendet jedoch die eigentliche Frage aus, welche Klasse die Bewegung dominiert, welche sie anführt. Dass es sich dabei um die ArbeiterInnenklasse handeln würde, behaupten nicht einmal die eifrigsten UnterstützerInnen aus der Linken – und der Mainstream aus der französischen Linken, insbesondere La France Insoumise strebt das auch nicht an. Schließlich gilt PopulistInnen das „Volk“ als eigentliches Subjekt gesellschaftlicher Veränderung, in dem die ArbeiterInnenklasse als eigenständige Kraft aufgelöst wird.

Hier zeigt sich aber auch eine fatale Oberflächlichkeit deutsche „Linksradikaler“. So erklärt Peter Schaber im „Lower Class Magazine“, dass soziale Bewegungen eben heterogen wären, dies gewissermaßen ihren „Naturzustand“ verkörperen. Hinter dieser schon im Abstrakten und in ihrer Allgemeinheit nutzlosen Feststellung verschwindet freilich die Frage, welche Klasse eine bestimmte soziale Bewegung dominiert, lenkt. Das trifft auch auf die oberflächliche Behauptung von RIO/FT-CI (Revolutionäre Internationalistische Organisation/Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale) zu, dass die Bewegung vor allem „führungslos“ wäre.

Diese Behauptung impliziert letztlich, dass es keine Rolle für die Charakterisierung einer Bewegung, für die Haltung von

MarxistInnen, die politische Taktik und die Politik der ArbeiterInnenklasse spielen würde, welche Klasse diese politisch-ideologisch dominiert oder prägt.

Dummerweise spiegeln die Gelbwesten jedoch auch eine Veränderung der politischen Landschaft und des Verhältnisses zwischen ArbeiterInnenklasse und KleinbürgerInnentum wider. Über Jahre stellte erstere letztlich die prägende Kraft im Kampf gegen verschiedene bürgerliche Regierungen und das Kapital dar. Jahrelang erwies sich dabei die CGT (Allgemeiner Arbeitskongress; große französische Gewerkschaft) als zentrale Organisation, die ihrerseits immer wieder dem Druck radikalerer Kräfte ausgesetzt war. Diese Hegemonie bedeutete auch, dass sich andere Massenbewegungen – insbesondere die Jugend (SchülerInnen, StudentInnen) wie auch die MigrantInnen in den Banlieues – als linke, fortschrittliche Bewegungen manifestierten. Selbst radikalere kleinbürgerliche Bewegungen wie die Confédération paysanne (Bauerngewerkschaft) José Bovés, die Antiglobalisierungsbewegung oder die Bewegung gegen die EU-Verfassung waren vor diesem Hintergrund links geprägt.

Die GJ markieren eine tief gehende Veränderung des Verhältnisses zwischen den Klassen. Ihre Ablehnung nicht nur bürgerlicher Parteien, sondern aller Parteien und Gewerkschaften

signalisiert nicht allein  
ein vielleicht verständliches Misstrauen – es drückt auch eine  
deutliche Rechtsentwicklung  
gegenüber früheren sozialen Bewegungen aus. Mögen die  
Vorbehalte gegen die  
Gewerkschaftsführungen und erst recht gegen jene linker  
Parteien noch so  
nachvollziehbar sein, die Forderung nach einem Verzicht auf  
deren offenes  
Auftreten, nach deren Eingreifen als politische oder  
gewerkschaftliche organisierte  
Kraft mit ihren Vorschlägen trägt einen eindeutig reaktionären  
Charakter. Ihre  
Umsetzung bedeutet nicht mehr und weniger, als dass die  
ArbeiterInnenklasse  
nicht als kollektives Subjekt in Erscheinung treten soll, dass  
die  
Lohnabhängigen nur als Individuen, als BürgerInnen (citoyens)  
unter anderen  
BürgerInnen sichtbar werden sollen.

Schließlich spiegeln die GJ auch die Schwäche,  
ja fast den Zusammenbruch der politischen Parteien der  
ArbeiterInnenbewegung  
wider. Während vor über 10 Jahren die Krise der Parti  
socialiste (PS,  
Sozialistische Partei) und Kommunistischen Partei (KPF) zur  
Bildung der NPA als  
zentrister Partei und danach der Parti de Gauche (PdG,  
Linkspartei) als  
reformistischer Partei geführt hatte, also zu einer  
politischen  
Linksverschiebung, so haben diese selbst in den letzten Jahren  
aufgrund ihrer  
eigenen Widersprüche abgewirtschaftet.

Die PS hat sich fast zur kompletten Irrelevanz zerlegt. Die KPF dümpelt vor sich hin. Die NPA ist deutlich schwächer als in der ersten Phase nach ihrer Gründung. Die PdG wurde zu einem links-populistischen Projekt, zu La France Insoumise transformiert. Anstelle einer reformistischen, bürgerlichen ArbeiterInnenpartei trat unter Mélenchons Führung eine populistische Partei, eine „Volks“partei. Von roten Fahnen will auch er nichts mehr wissen. Stattdessen wird die Trikolore gehisst. Dem „aggressiven“ französischen Nationalismus soll durch einen angeblich fortschrittlichen und inkludierenden „linken Patriotismus“ der Rang abgelaufen werden. In Wahrheit erweist sich das nur als Wasser auf die Mühlen der „echten“ PatriotInnen und NationalistInnen, die freudig darauf verweisen, dass nun auch der „Linke“ Mélenchon gegen den „Kosmopolitismus“ und offene Grenzen hetzt.

All das spiegelt sich auch in der Bewegung wider. Die linken Kräfte haben schließlich gegenüber den 42 Forderungen – selbst wenn sie keine wirkliche demokratische Legitimation haben – keine nennenswerten inhaltlichen Einwände vorgebracht.

Im Gegenteil: Mélenchon und seine Bewegung unterstützen sie und verweisen darauf, dass sie eigentlich dem Programm von La France Insoumise entsprechen würden. Und damit hat er nicht einmal Unrecht. In

vielen Punkten entspricht diese Mischung aus Keynesianismus, sozialer Sicherung für die Armen und unteren Einkommensschichten der ArbeiterInnenklasse, aus Steuererleichterungen, aus dem Ruf nach einem starken Staat und regulierter Migration sowie das Bekenntnis zur französischen Nation (samt ihrem „Republikanismus“) dem Populismus seiner Bewegung.

Umgekehrt können sich auch die RN und die noch rechteren Kräfte damit anfreunden, weil sich ihr rechter Populismus heute als „sozial“ präsentiert, im Fall der faschistischen und halbfaschistischen Organisationen sogar als „antikapitalistisch“ und „revolutionär“. Auch sie präsentieren sich als VertreterInnen der Interessen der „Volksmassen“ gegen die „Elite“.

Umgekehrt entspricht es dem Populismus von rechts, aber auch von links, dass die Anliegen der „patriotischen“ UnternehmerInnen und der binnenmarktorientierten KapitalistInnen bedient werden sollen – schließlich gehören auch sie zum „Volk“, dieser imaginären, klassenübergreifenden politischen Wundertüte, hinter deren Beschwörung sich letztlich immer nur bürgerliche und kleinbürgerliche Interessen verbergen können.

Doch selbst „revolutionäre“ Kräfte passen sich opportunistisch an die Forderungen der Bewegung an. So erklärt RIO im Dezember 2018: „Im Moment enthält die Forderungsliste der Gelben Westen, die an die Regierung gerichtet ist, äußerst progressive Punkte wie die Erhöhung des Mindestlohns, das Ende

der Leiharbeit, Altersrenten, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Kopplung der Löhne an die Inflation, die Begrenzung prekärer Verträge, mehr Steuern für Großunternehmen usw.“ ([Der Aufstand der Gelbwesten](#)) Die reaktionären Forderungen nach rassistischen Gesetzen oder nach mehr Mitteln für die Repressionskräfte werden, um das progressive Bild nicht zu trüben, erst gar nicht erwähnt.

Die Beschönigung des Programms der „Gelbwesten“ findet sich bei FT/RIO auch an anderen Stellen immer wieder.

„Ausgehend von dieser klassenübergreifenden sozialen Basis – die in der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter\*innenklasse angehört (welche sich aber infolge des Rückgangs der Organisation und des Bewusstseins der Arbeiter\*innenbewegung in Verbindung mit der versöhnlerischen Haltung der Gewerkschaftsbürokratie nicht als Proletariat versteht) und bis hin zu den Sektoren der deklassierten Mittelschicht mit kleinbürgerlichen Merkmalen reicht, über die Zwischenschichten der Selbständigen – entsteht der uneinheitliche Charakter der sozialen und wirtschaftlichen Forderungen, die die Bewegung trägt. Einige sind eindeutig progressiv, wie die Erhöhung des Mindestlohns oder die Streichung einiger indirekter Steuern, während andere viel unklarer sind, wie beispielsweise Forderungen nach einer Senkung der ‚Arbeitgebergebühren‘.“ (Die Gelben Westen und die vorrevolutionären Elemente der Situation;

<https://www.klassegegenklasse.org/frankreich-die-gelben-westen-und-die-vorrevolutionaeren-elemente-der-situation/>)

Was an der Senkung der „Arbeitgebergebühren“ – einer klassischen bürgerlichen und neo-liberalen Forderung – „unklar“ sein soll, bleibt das Geheimnis dieser Gruppierung. Offenbar sollen

damit die reaktionären und arbeiterfeindlichen Aspekte des Programms beschönigt werden, statt sie klar auszusprechen. Dabei verdeutlichen die unterschiedlichen, teilweise direkt einander entgegengesetzten Forderungen, die bei den „Gelbwesten“ zu einem in sich widersprüchlichen Mischmasch zusammengeworfen werden, gerade den Klassencharakter der Bewegung und die hegemoniale Rolle des KleinbürgerInnentums.

Dass sich die französische und europäische Rechte mit dem Programm durchaus anfreunden kann, sollte niemanden wundern, entspricht es doch durchaus den Forderungen, mit denen ähnliche populistische Bewegungen angetreten sind.

All das verdeutlicht, dass die Linken in der Bewegung eben keinen konsequenten politischen Kampf gegen den rechten Einfluss führen, sondern sich an entscheidenden Punkten anpassen. Ein Teil dieser Anpassung besteht darin, den Einfluss rechter Kräfte herunterzuspielen. Während das die eher autonom oder libertär orientierten UnterstützerInnen der Bewegung als eine Art „Naturzustand“ von Bewegungen hinstellen, versteigen sich Gruppierungen wie RIO dazu, den Einfluss der Rechten als „bisher noch marginal“ zu bezeichnen.

Wir haben oben gezeigt, welche Rolle die Rechten bei den Aktionen am 24.11. und am 1.12.2018 spielten. Die FT verklärt dies zum „revolutionären Erwachen der ‚kleinen Leute‘“:

„Das subversivste Element des gegenwärtigen Aufstands sind seine radikalen Methoden und die Tatsache, dass der Protest ein Ausdruck des Leidens ist, der weit über den mobilisierten Sektor der Gelben Westen hinaus Anklang findet. Dies zeigt sich an der sehr breiten Unterstützung, die in der öffentlichen Meinung für die Bewegung herrscht, auch nach den „Gewaltszenen“ vom Samstag, den 24. November, auf die die Regierung zählte, um die Bevölkerung gegen die Bewegung zu wenden.

Zum ersten Mal seit Langem erleben wir in Frankreich die Entscheidung zur Blockade von „unten“, ohne jegliche Kontrolle durch die Regierung oder die Gewerkschaften, linke oder rechtsextreme Parteien. Diese Blockade war wirksam, und zwar ohne Koordinierung auf territorialer Ebene mit Autoritäten oder Gewerkschaften. Diese absolut subversive Haltung – im Gegensatz zu den zahmen Demonstrationen, die für die routinemäßigen Aktionen der Gewerkschaftszentralen oder der Linken charakteristisch sind – spiegelte sich in der Entscheidung wider, die Demonstration am 24. November auf den Champs Élysées beizubehalten, obwohl die Regierung sie verboten hatte. Ein neuer Meilenstein wurde mit dem ‚revolutionären Tag‘ am 1. Dezember erreicht, der Paris und viele Städte in der Region erschütterte, während die Exekutive mit der Aufrechterhaltung der Ordnung völlig überfordert war.“ (<https://www.klassegegenklasse.org/frankreich-die-gelben-westen-und-die-vorrevolutionaeren-elemente-der-situation/>)

Dass die Aktionen an den „revolutionären Tagen“ von den FaschistInnen angeführt wurden, ficht solche RevolutionärInnen anscheinend nicht an. Was soll schon an dieser Aktionseinheit problematisch sein, solange sie von „unten“ kommt und „das subversivste Element des gegenwärtigen Aufstands“ sei?

Statt die abenteuerliche Politik der AnarchistInnen und InsurrektionistInnen scharf zu kritisieren, verfolgen sogenannte TrotskistInnen eine Politik, die nur allzu sehr an die desaströse der KPD beim „roten Volksentscheid“ erinnert.

Auch kann eine solche nur die Stellung der Rechten stärken, weil sie den von ihnen Geführten unwillkürlich eine „unbewusste“ VorreiterInnenrolle zuschreibt. Wer wofür kämpft, welche politischen und Klassenkräfte bei der „subversiven Aktion“ am Werk sind, wird zur Nebensache, verschwindet vollkommen hinter der Form der Auseinandersetzung. Die Bewegung ist alles, das Ziel, der Inhalt ist nichts oder wird durch die „progressive Dynamik“ anscheinend automatisch vorangetrieben.

## **Einfluss der Rechten**

Der Einfluss von Rechten ist seither auch nicht

verschwunden, auch wenn er sich an vielen Orten eher vermittelt zeigt.

Natürlich hat z. B. Marine Le Pen auch Teile der Bewegung vor den Kopf

gestoßen, als sie sich gegen die Besetzung von Amazon wandte. Zugleich agieren

ihre lokalen und regionalen FunktionärInnen weiter. Darüber hinaus konkurrierte

die RN, wie eine Reihe ihrer Reden und Presseerklärungen zeigen, offenkundig

mit Melénchon darum, sich als parlamentarisches Sprachrohr der „Gelbwesten“ zu

etablieren. Sicherlich spielt ihr dabei auch in die Hände, dass

RN-VertreterInnen in den Massenmedien als SprecherInnen oder UnterstützerInnen

der Bewegung präsentiert werden.

Die Meinungsumfragen verweisen außerdem weiter

auf einen Zuwachs der RN wie auch anderer rechter Kräfte. FI dürfte dagegen

eher stagnieren – so weit jedenfalls gemäß Umfragen von Mitte Dezember 2018,

die RN bei Wahlen 24 Prozent, Macrons La République en Marche (LREM) 18 %

voraussagten. Bei diesen Umfragen lag *Debout*

*la France (DLF, Steh auf Frankreich)*, eine Rechtsabspaltung von RN,

bei 8 %. Die Partei Sarkozys Les Républicains (LR, Die Republikaner) lag

bei 11 %, La France Insoumise bei 9 %, die Grünen bei 8 % und die SozialdemokratInnen bei 4,5 %. (Umfragen zu Zeiten der Gelben Westen:

Le

Pens

Partei

liegt

vorn;

<https://www.heise.de/tp/features/Umfragen-zu-Zeiten-der-Gelben-Westen-Le-Pens-Partei-liegt-vorne-4250308.html>).

Auch wenn die GJ über keine einheitliche, gewählte Führungsstruktur verfügen, so haben sie doch, wie jede Massenbewegung, „SprecherInnen“. Die Tatsache, dass diese nicht demokratische legitimiert sind, bedeutet natürlich nicht, dass sie keine Führungsfiguren wären –vielmehr, dass sich unwillkürlich AnführerInnen finden, die den Charakter einer Bewegung mehr oder weniger genau widerspiegeln einschließlich ihrer konkurrierenden Flügel.

Zwei bekannte Führungsfiguren auf Seiten der Rechten der Bewegung stellen eindeutig der LKW-Fahrer Éric Drouet und Maxime Nicolle alias „Fly Rider“ dar. Es ist zwar umstritten, ob Drouet bei den letzten Wahlen Le Pen wählte – unbestritten sind jedoch seine eindeutig migrantInnenfeindlichen und rassistischen Posts aus dem Jahr 2018 (und davor). Nicolle gilt als Anhänger obskurer Verschwörungstheorien, liked reihenweise Erklärungen der RN und Le Pens und behauptet, dass das Attentat vom 11. Dezember 2018 in Strasbourg eine „false flag“-Operation der Regierung gewesen wäre. Diese Führungsfiguren erhalten freilich nicht nur von Rechten Zuspruch. So erklärte Mélenchon Drouet zu einem „Anführer der Bewegung“ und einer faszinierenden Persönlichkeit.

Sicherlich gibt es auch bekanntere, nicht-rassistische VertreterInnen der Bewegung wie die

schwarze Karibikfranzösin

Priscillia Ludosky, eine 33-jährige Inhaberin eines Internetkosmetikshops, die neben Drouet und Nicolle zu den Galionsfiguren der Bewegung zählt.

„An diesem Samstag, den 05. Januar d. J., traten Frau Ludosky und Herr Nicolle bei der Abschlusskundgebung der Demo vor dem Pariser Rathaus gemeinsam auf, wobei Letzterer sich in der Sache darauf beschränkte, die Einführung von Referenden durch Bürger/innen/begehren oder RIC (référendum d'initiative citoyenne) zu fordern. In Teilen der Protestbewegung schien sich dieses Verlangen seit kurz vor Weihnachten 18 zum neuen ‚Patentrezept‘ zu entwickeln, und da diese Forderung keinen Klassencharakter zu tragen scheint, freunden sich auch die rechteren Kräfte ganz gerne damit an.“  
([http://www.labournet.de/internationales/frankreich/soziale\\_konflikte-frankreich/frankreich-gelbe-westen-protest-abflauen-war-gestern-derzeit-steht-wiederaufflammen-auf-der-tagesordnung-regierungssprecher-auf-der-flucht/](http://www.labournet.de/internationales/frankreich/soziale_konflikte-frankreich/frankreich-gelbe-westen-protest-abflauen-war-gestern-derzeit-steht-wiederaufflammen-auf-der-tagesordnung-regierungssprecher-auf-der-flucht/))

Am 12. Januar hatten Nicolle und Ludosky gemeinsam zur landesweiten Demonstration in Bourges aufgerufen, an deren Spitze sie auch marschierten.

Dieses gemeinsame Auftreten verdeutlicht – unabhängig davon, was sich Einzelne dabei denken mögen – den populistischen, ja volksfrontartigen Charakter der Bewegung, die mal

friedlicheren, mal  
kämpferische, aber kontinuierliche Zusammenarbeit von rechts  
und „links“. Die  
Zusammensetzung der Galionsfiguren jedenfalls zeigt, dass auf  
dieser Ebene die  
rechten KleinbürgerInnen in der Vorhand sind, zumal Ludosky  
selbst nur einen  
linkeren kleinbürgerlichen, keinesfalls jedoch einen  
proletarischen  
Klassenstandpunkt vertritt.

Zweifellos hat die Intervention von Linken oder  
GewerkschafterInnen auf lokaler Ebene auch zu Verschiebungen  
nach links geführt.  
Es verdeutlicht jedoch das innere Kräfteverhältnis in der  
Bewegung, dass diese  
in einigen Städten oder lokalen Komitees eine sogar  
dominierende Rolle spielen,  
nicht jedoch auf nationaler Ebene. Hier kann allenfalls die  
links-populistische  
FI einen wichtigen Einfluss für sich reklamieren.

All das verweist darauf, dass Rechte,  
RechtspopulistInnen usw. keine Marginalie, sondern in jedem  
Fall einen  
integralen Bestandteil der Bewegung darstellen. Die  
ArbeiterInnenklasse als  
solche hingegen spielt eine Nebenrolle. Das zeigt sich selbst  
bei  
vergleichsweise fortschrittlichen Erklärungen wie dem Aufruf  
zu Volksversammlungen  
aus der Stadt Commercy. Diese Versammlung einer französischen  
Kleinstadt, die  
von zahlreichen Linken als ein Kristallisationspunkt der  
fortschrittlichen

Kräfte hofiert wird, erhebt verständlicherweise die Forderung nach einer nationalen Delegiertenversammlung.

Zugleich geht sie aber selbst über radikalen kleinbürgerlichen Demokratismus nicht hinaus und enthält selbst falsche, anti-politische Tendenzen, wo sie sich grundsätzlich gegen die Wahl von VertreterInnen der Bewegung ausspricht. Das kann nur dazu führen, dass sich eben Ungewählte als solche betätigen.

## **Die Perspektiven der Bewegung**

Auch wenn die GJ in den ersten Wochen des Jahres wieder Zulauf erhalten haben, so ist eine politische Differenzierung der Bewegung mehr und mehr unvermeidlich. Ihre eigenen Aktionsformen werden zusehends an ihre Grenzen stoßen und manche sind auch umstritten. Die Kämpfe mit der Polizei auf der Champs Élysées verstören sicherlich auch eine Reihe der AnhängerInnen – umgekehrt waren es zweifellos diese Aktionsformen, die Präsident und Regierung zu Zugeständnissen gezwungen haben, sicher nicht die Anzahl der DemonstrantInnen.

Wiederum kann keine offene Diskussion über die Taktik geführt werden, die zu verbindlichen Beschlüssen führen

würde, da diese die „Einheit“ der Bewegung zwangsläufig unterminieren würden. Erst recht trifft dies auf die Forderungen der Bewegung zu. Wenn sie sich auf eine bestimmte klassenpolitische Richtung – z. B. soziale Forderungen oder Steuerforderungen für Selbstständige und KleinunternehmerInnen fokussierte, ... – würde sie nicht nur Ziele genauer definieren müssen, es würde diese zugleich nach politischen Richtungen und Klassen polarisieren. Genau das versuchen aber mehr oder minder alle in der Bewegung zu vermeiden, um sich nicht dem Vorwurf des/r „Spalters/In“ auszusetzen.

Daher erscheinen die Forderung nach dem „Rücktritt Macrons“, der Symbolfigur der Elite, einerseits und die nach „radikaler Demokratie“ andererseits als einigendes Band.

Das Verlangen nach Macrons Rücktritt mag zwar radikal erscheinen, lässt jedoch völlig offen, wer ihn durch welches Verfahren ersetzen soll. Unter den gegebenen Bedingungen würde es wahrscheinlich zu Neuwahlen kommen, bei denen ein Sieg von RN und Le Pen droht, auch wenn diese wahrscheinlich mit anderen Kräften eine Koalition bilden müsste.

In jedem Fall erhebt sich daher auch schon jetzt unter den GJ die Frage, ob man sich auf Wahlen einlassen und welche Partei man gegebenenfalls wählen soll. Der rechte wie linke

Populismus spekuliert mehr oder weniger unverhohlen auf diese Entwicklung, wobei Le Pen hier sicher die Nase vorne hat. Aufgrund der in der Bewegung weit verbreiteten generellen Ablehnung von „Politik“ versuchen alle etablierten Parteien, nicht zu offen aufzutreten, sondern hoffen darauf, dass den GJ „natürlich“ nur die Wahl bleibt, RN, DLF oder FI zu wählen (und daher, dass aus der Bewegung selbst keine eigene Liste zu den Europawahlen hervorgeht, die ihnen Stimmen kosten würde). In jedem Fall haben diese drei Parteien gute Chancen, dass ihr Kalkül bei den Europawahlen aufgeht, von den Stimmen der GJ zu profitieren.

Ein anderer, „entschlossenerer“ Flügel der Bewegung betrachtet diese Gefahr misstrauisch und setzt ihr die Forderungen nach verbindlichen Volksabstimmungen zu allen bedeutenden Fragen, eine Form radikalen kleinbürgerlichen Demokratismus', entgegen. Für ihn sind politische Parteien, VertreterInnen, Repräsentation per se von Übel und sie sollen durch ständige Abstimmungen überflüssig gemacht werden. Was sich auf den ersten Blick ultra-demokratisch anhört, ist jedoch vor allem ultra-utopisch. In Wirklichkeit steht jede Demokratie (auch die proletarische) vor dem Problem der Repräsentation. Der Unterschied zwischen der Rätedemokratie der ArbeiterInnenklasse und dem bürgerlichen Parlamentarismus besteht nicht darin, dass es keine VertreterInnen gibt, sondern erstens im Klassencharakter des Staates, auf dem diese Demokratie aufbaut, und zweitens in der Form, wie diese Vertretung von ihre Basis kontrolliert und (ab)wählbar gemacht

wird.

Was den „radikalen“ Demokratieforderungen bei den GJ jedoch vorschwebt, ist in mehrfacher Hinsicht eine kleinbürgerliche Utopie. Einerseits spielen diese „BürgerInnen“ mit dem Gedanken, jede Form von Vertretung abzuschaffen, alles „unmittelbar“ zu entscheiden. Andererseits sollen die Eigentumsverhältnisse der Gesellschaft „natürlich“ unberührt von all diesen Fragen sein.

Im besten Fall sind diese utopischen Vorstellungen desorganisierend. Keine Bewegung kann ohne landesweite VertreterInnen, Forderungen, SprecherInnen auskommen – das per se abzulehnen, bedeutet letztlich keine Demokratisierung irgendeiner Bewegung, sondern dass SprecherInnen wie Drouet und Nicolle weiter ihre Führungsrolle ausfüllen können und werden.

## **ArbeiterInnenklasse und kleinbürgerlich-populistische Bewegung**

All das zeigt, dass eine längerfristige Perspektive für die Lohnabhängigen, die von den GJ mobilisiert wurden, nicht spontan aus der Bewegung kommen wird.

Eine revolutionäre Klassenpolitik muss vielmehr mehrere Elemente miteinander verbinden.

1. Die gegenwärtige politische Krise in Frankreich bietet günstige Bedingungen für die ArbeiterInnenklasse, die Gewerkschaften, die Jugend, gegen die Regierung Macron und das Kapital zu mobilisieren. Das haben die Streiks der SchülerInnen und die Studierenden im Dezember gezeigt, wie auch die verhaltenen Aktionstage der CGT.

2. Um die Initiative im Kampf gegen die Regierung zu gewinnen, muss aber die ArbeiterInnenklasse selbst als Klassenkraft das Feld gesellschaftlicher und politischer Konfrontation mit ihren eigenen Mitteln und ihren eigenen Forderungen beschreiten. Daher braucht es ein Kampfprogramm, das die fortschrittlichen Elemente der Forderungen der „Gelbwesten“ aufgreift, radikalisiert (z. B. eine deutlich höhere Mindestlohnforderung von 1800 Euro), die reaktionären Forderungen klar ablehnt und durch progressive ersetzt (Keine Abschiebungen, keine Zwangstests von MigrantInnen und deren Anpassung an die französische Kultur, Öffnung der Grenzen für Geflüchtete und MigrantInnen).

3. Dazu müssen kämpferische und linke BasisgewerkschafterInnen die Initiative ergreifen und von CGT

und SUD, aber auch von allen anderen Gewerkschaften unbefristete politische Massenstreiks verlangen.

4. Nur unter diesen Bedingungen kann die ArbeiterInnenbewegung eine Ausstrahlungskraft erlangen, die die lohnabhängigen Teile der GJ von ihrer kleinbürgerlichen politischen Ausrichtung und ihren antipolitischen Vorurteilen brechen kann.

5. Mit einer solchen Politik sollten GewerkschafterInnen, radikale Linke, AntikapitalistInnen und RevolutionärInnen intervenieren, um die Bewegung entlang der Klassenlinie zu polarisieren und zu spalten. Natürlich schließt das auch gemeinsame Aktionen mit lokalen und fortschrittlichen Teilen der GJ ein und die Intervention auf deren Demonstrationen. Diese müssen aber immer mit einer klaren Kritik an reaktionären, bürgerlichen und populistischen Vorstellungen in der Bewegung verbunden sein und von einem offenen organisierten Auftreten geprägt.

6. All das bedeutet auch, klar zu erkennen, dass wir es heute in Frankreich nicht einfach mit einer Konfrontation von zwei „Lagern“, der Regierung Macron gegen das von GJ verkörperte Volk, zu tun haben. Eine solche Vorstellung übersieht, dass wir es sich heute um eine kleinbürgerlich dominierte, klassenübergreifende volksfrontartige Bewegung handelt, die ihrerseits eine Spaltung im bürgerlichen Lager reflektiert,

ähnlich wie auch andere populistische Formationen, die sich gegen die Elite richten. Revolutionäre, marxistische Politik muss diesen Schein der zwei Lager durchbrechen. Ansonsten wird die ArbeiterInnenbewegung zur Nachtrabpolitik à la Mélenchon und zur politischen Unterordnung unter das KleinbürgerInnentum verurteilt.

---

## **Ungarn: Generalstreik gegen SklavInnengesetz nötig**

*Jeremy Dewar, Infomail 1038, 16. Januar 2019*

Am 5. Januar strömten Zehntausende von ArbeiterInnen und StudentInnen auf den Budapester Heldenplatz, um zu fordern, dass die Fidesz-Partei (Ungarischer Bürgerbund) von Präsident Viktor Orbán „von der Macht entfernt“ wird.

Wenn Orbán glaubte, dass der Wintereinbruch die Anti-Regierungsbewegung vernichten würde, zerstörte diese nachdrückliche Antwort stattdessen jede Hoffnung darauf. Drohende diktatorische Gesetze haben Oppositionsparteien, Gewerkschaften, StudentInnen und Intellektuelle in eine Massenbewegung auf den Straßen hineingezogen, vor allem in der Hauptstadt

Budapest, aber auch zum ersten Mal im ganzen Land.

Nun hat der Ungarische Gewerkschaftsbund MASZSZ mit 150.000 Mitgliedern einen Generalstreik am 19. Januar angedroht. „Die Regierung hat uns in Stichgelassen“, erklärte László Kordás, Vorsitzender des Ungarischen Gewerkschaftsdachverbands MASZDZ: „Das Land muss am selben Tag zur gleichen Zeit zum Stillstand kommen.“

Ein anderer Gewerkschaftsfunktionär gab gegenüber dem deutschen „Handelsblatt“ zu, dass dies auf Druck der Basis zurückzuführen sei: „Einige unserer Mitglieder haben uns aufgefordert, das Land lahmzulegen“.

Die Bewegung begann im November letzten Jahres, als Fidesz, das nach dem erdrutschartigen Wahlsieg im April über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügt und so jedes beliebige Gesetz verabschieden kann, die Mitteleuropäische Universität stilllegte, die von Orbáns Reizfigur, dem in den USA lebenden Milliardär George Soros, gegründet und teilweise finanziert wurde.

## **Sklavengesetz**

Am 12. Dezember schlossen sich dann Auto- und ChemiewerkerInnen, FleischpackerInnen und LehrerInnen den

SchülerInnen und  
WissenschaftlerInnen auf der Straße an, als das Parlament das  
sogenannte  
„Sklavengesetz“ verabschiedete.

Dieses Gesetz erlaubt es UnternehmerInnen, ihre  
Belegschaften für 400 zusätzliche Überstunden pro Jahr zu  
verpflichten, diese  
zusätzliche Arbeitszeit zum normalen Tarif zu bezahlen und das  
Entgelt für bis  
zu drei Jahre zurückzuhalten. Die ArbeiterInnen befürchten zu  
Recht, dass sie  
entlassen würden, wenn sie sich weigern, die „Überstunden“ zu  
leisten, was  
diese praktisch zur Dienstpflicht macht.

Vierhundert Stunden entsprechen fast zwei ganzen  
Mehrarbeitsstunden  
pro Tag oder einem zusätzlichen Arbeitstag pro Woche.

Die aktuelle Entwicklung entbehrt nicht einer gewissen  
Ironie. Fidesz wurde auf einer Plattform gewählt, die sich  
fast ausschließlich  
auf die Beseitigung der Einwanderung konzentrierte, auf  
Rassismus und  
Rechtspopulismus pur.

Diese Politik hat jedoch zu einem akuten Arbeitskräftemangel  
in Ungarn geführt, insbesondere in der überaus wichtigen  
Automobilindustrie,  
die von multinationalen Unternehmen wie BMW, Audi und General  
Motors dominiert  
wird, wo die Beschäftigten im Durchschnitt 900 Euro pro Monat

erhalten, einen Bruchteil des IndustriearbeiterInnenlohns in Deutschland oder generell in Westeuropa. Schätzungsweise eine Million, hauptsächlich junge ArbeiterInnen haben das Land seit 2006, als Orbán an die Macht kam, verlassen und wurden nicht ersetzt. Die neuen, von ArbeiterInnen treffend als „BMW-Gesetz“ bezeichnete Regelung soll Abhilfe schaffen.

Weitere autoritäre Gesetze, die Ende 2018 verabschiedet wurden, sind die Einrichtung neuer „Verwaltungsgerichte“ für Korruptionsfälle und dergleichen. Diese Gerichte werden unter der direkten Kontrolle der Regierungspartei stehen und damit die Unabhängigkeit der Justiz beenden, was sehr geschickt ist, da die Regierung Fidesz' zunehmend in einen Finanzskandal verwickelt ist. Ein anderes bezieht die Mainstream-Medien, die sich bereits weitgehend in der Tasche von Fidesz befinden, in ein einheitliches Konsortium ein. Viele befürchten, dass dies das endgültige Ende des unabhängigen Journalismus bedeuten würde.

## **Unterdrückung und Widerstand**

Die erste Reaktion der Regierung bestand darin, die Bewegung gewaltsam zu unterdrücken, am 12. Dezember Tränengas auf die DemonstrantInnen abzufeuern, über 50 von ihnen zu verhaften und viele weitere

zu verletzen.

Seitdem hat sie ihre Hunde zurückgerufen, verblüfft durch Meinungsumfragen, die regelmäßig vermuten lassen, dass 80 Prozent der Bevölkerung das Sklavengesetz missbilligen, und die Regierung die Art der Straßenbewegung befürchten lassen, die Orbán selbst 2006 auf einem Ticket für Demokratie an die Macht brachte.

Jetzt haben sich die Oppositionsparteien dem Kampf angeschlossen, wobei Abgeordnete teilweise das staatliche Fernsehzentrum besetzen, um das Recht zu fordern, eine Erklärung zur Unterstützung der Proteste vorzulesen. Bis jetzt wurde nur die Regierungslinie zu den DemonstrantInnen ausgestrahlt, im Wesentlichen, dass es sich um eine von Soros ausgetüftelte Verschwörung handelt. Diese Verbreiterung der Bewegung bringt aber auch ihre Gefahren mit sich.

Erstens, den etablierten Parteien, einschließlich der Sozialistischen Partei MSZP kann man nicht trauen. Sie haben sich in der Vergangenheit als keine FreundInnen der ArbeiterInnenklasse erwiesen und sind angesichts der zunehmenden Flut von Rassismus, insbesondere Antisemitismus, ruhig geblieben. Ihr Hauptziel ist es, bei den wichtigen Europawahlen im Mai gleiche Wettbewerbsbedingungen für sich zu schaffen.

Schlimmer noch, die faschistische Jobbik-Partei (Bewegung für ein besseres Ungarn), die derzeit mit 8 Prozent Stimmenunterstützung rechnen kann, hat sich opportunistisch als Verteidigerin für ArbeiterInnenrechte positioniert. Gelbe Westen begannen sogar bei einigen der jüngsten Demonstrationen aufzutauchen. Als Verfechterin der Nulleinwanderung, gewalttätig antisemitisch und Förderin der autoritären Diktatur ist die Präsenz von Jobbik eine klare Bedrohung für ArbeiterInnen, MigrantInnen und Frauen. Innerhalb der Bewegung sollten SozialistInnen die ArbeiterInnenrechte mit der Frauenbewegung und Kampagnen in Solidarität mit MigrantInnen und gegen Rassismus verbinden. Die Aufnahme von antirassistischen und frauenfreundlichen Parolen neben Selbstverteidigungsausschüssen ist der erste Schritt, um die extreme Rechte zu isolieren und aus der Bewegung zu vertreiben.

Die ArbeiterInnen mussten den Aufruf zu einem Generalstreik am 19. Januar ihren Gewerkschaftsführern aufzwingen. Aber die Gewerkschaften sind schwach, der Organisationsgrad beträgt weniger als 10 Prozent. Um diese Einschränkung zu überwinden, müssen die ArbeiterInnen in jedem Bezirk von Budapest und in allen Städten und Gemeinden Aktionsräte bilden, die alle Arbeitsplätze, ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht, StudentInnen und LandarbeiterInnen einbeziehen. Der Ablauf des Generalstreiks und die Richtung

der Bewegung müssen in die Hände dieser Aktionskomitees gelegt werden.

Orbán fürchtet die Opposition nicht, geschweige denn die GewerkschaftsführerInnen. Was er fürchtet, ist, dass sich die Bewegung ihrer Kontrolle entziehen und zu einer entwickeln könnte, die, wie bereits spontan geschehen, seine Herrschaft bedroht. Wenn er politisch überlebt, mit ein oder zwei kleinen Zugeständnissen, wird er einfach zurückkommen und ArbeiterInnen und StudentInnen Zug um Zug abgreifen.

Um dies zu verhindern, müssen die ArbeiterInnen die Aufhebung aller diktatorischen Gesetze Orbáns auf ihre Banner schreiben. Um die wachsende Diktatur der Fidesz-Partei Orbáns zu beenden und zu verhindern, dass Jobbik in ihre Fußstapfen tritt, ist eine neue Partei der ArbeiterInnenklasse erforderlich, eine revolutionäre Partei, die die Krise lösen kann, die Ungarn erfasst – im Interesse aller ArbeiterInnen, seien es UngarInnen, Roma oder EinwanderInnen, ChristInnen, Juden/Jüdinnen oder MuslimInnen.

---

# Generalstreik legt Indien lahm

*Martin Suchanek, Infomail 1037, 10. Januar 2019*

Fast 200 Millionen Menschen legten Indien mit einem Generalstreik am 8. und 9. Januar lahm. Zur landesweiten Arbeitsniederlegung war von der indischen „National Convention of Workers“ aufgerufen worden, die 10 Gewerkschaftsverbände (INTUC, AITUC, HMS, CITU, AIUTUC, TUCC, AICCTU, SEWA, LPF, UTUC) und mehrere unabhängige Vereinigungen von Lohnabhängigen umfasst.

Somit unterstützten alle größeren Gewerkschaftsverbände den Aufruf, abgesehen von „Bhartiya Mazdoor Sangh“ (Indische Arbeiterinnenunion, BMS), dem „Gewerkschaftsflügel“ der rechten, hindu-chauvinistischen „Rashtriya Swayamsevak Sangh (Nationale Patriotische Freiwilligenunion)“. Diese Vereinigung bildet ein Herzstück der regierenden rechts-populistischen, chauvinistischen und neo-liberalen BJP (Indische Volkspartei) von Präsident Narendra Modi. Die BMS denunzierte den Streik als „politische Aktion“, die gegen die Regierung gerichtet sei. In der Tat war dies der Generalstreik genau – und so sollte es auch sein!

# Kein Wachstum für die ArbeiterInnenklasse

Nach 2015 und 2016 war dies der dritte Generalstreik, der sich gegen die massiven neoliberalen Angriffe und Gesetze richtete, die die ArbeiterInnenklasse, die Bauern-/Bäuerinnenschaft, die städtische und ländliche Armut getroffen haben. Das Wachstum des indischen Kapitalismus unter der Modi-Regierung hat den Massen keinen wirtschaftlichen Nutzen gebracht.

Am Ausstand beteiligten sich Beschäftigte aus allen Sektoren der indischen Wirtschaft, ob organisiert oder unorganisiert. So unterschiedliche Bereiche wie Eisenbahnen, Verteidigungsindustrie, Gesundheitswesen, Bildung, Wasser, Banken, Versicherungen, Telekommunikation, Öl, Kohle, öffentliche Verkehrsmittel und Bauwesen folgten dem Aufruf. Neben gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen aus dem öffentlichen und privaten Sektor, aus „alten“ Industrien und der IT-Branche schlossen sich Millionen von nicht organisierten an – Rikscha-, Auto-Rikscha- und TaxifahrerInnen, LandarbeiterInnen, Beedi-ArbeiterInnen (Beedi ist eine zigarettenähnliche Tabakware) und TextilarbeiterInnen, WanderarbeiterInnen, HeimarbeiterInnen und Hausangestellte. Alle diese Sektoren schlossen sich am 8. und 9. Januar gegen die Politik der neoliberalen, arbeiterInnenfeindlichen und

repressiven

Modi-Regierung zusammen und gegen das indische und ausländische Großkapital, dessen Interessen sie bedient.

Der Streik stellt zweifellos einen enormen Erfolg dar, beteiligte sich doch rund ein Drittel aller Lohnabhängigen des Landes – und das trotz massiver Repression gegen Streikende.

So versuchten am 8. Januar vielerorts staatliche Organe, durch Verhaftungen bis hin zu körperlichen Angriffen den Streik zu brechen, an anderen griffen Gangs oder Sicherheitsdienstete Lohnabhängige an. Dazu einige Beispiele.

Im Industriegürtel in Neemrana in der Provinz Rajasthan griff der Sicherheitsdienst der Fabrik Daikin Air Conditioning India Pvt. Ltd. ArbeiterInnen physisch an, um den Streik zu brechen. Dabei wurden einige verletzt, andere sollten zur Arbeit gezwungen werden. Aber der Streik hielt und war erfolgreich.

Das Unternehmen buchte außerdem drei Nobelhotels, um Sicherheitsleute und einige LeiharbeiterInnen unterzubringen. Aber mit diesen Mitteln konnte es den Streik nicht verhindern. Dafür organisierten die ArbeiterInnen zahlreicher Betriebe eine lebhaftere Kundgebung in diesem

Industriegürtel, inmitten der japanisch-indischen Freihandelszone.

Ähnliche Szenen prägten den Streik in vielen Städten – aber die enorme Masse und Entschlossenheit ermöglichte es, den Generalstreik durchzusetzen.

## **Was steht auf dem Spiel?**

Warum aber wurde und wird der Kampf geführt? Die „National Convention of Workers“ tagte zum ersten Mal im September und beleuchtete dabei einige der Themen, die eine lohnabhängige Erwerbsbevölkerung von etwa 500 Millionen Menschen betreffen.

Etwa 82 Prozent der männlichen und 92 Prozent der weiblichen Arbeit„nehmer“ verdienen weniger als 10.000 indische Rupien (etwa 125 Euro) pro Monat und liegen damit selbst noch weit unter dem von der indischen Central Pay Commission empfohlenen Mindestlohn von 18.000 Euro. „Dies deutet darauf hin, dass eine große Mehrheit der InderInnen nicht einmal bezahlt wird, was als Existenz sichernder Lohn bezeichnet werden kann, und das erklärt auch den starken Run auf Regierungsjobs“, erklärten GewerkschafterInnen.

Seit mehreren Jahren sind Unterbeschäftigung und niedrige Löhne Schlüsselprobleme für die Masse der indischen ArbeiterInnenklasse, aber in letzter Zeit ist sogar die Arbeitslosigkeit deutlich gestiegen. Sie liegt jetzt offiziell über 5 Prozent, aber für die Jugend ist sie mit rund 16 Prozent deutlich höher. Auch die besser ausgebildeten Menschen sind überdurchschnittlich betroffen, ein klares Zeichen dafür, dass das indische kapitalistische Wachstum eine noch schneller wachsende ArbeiterInnenklasse nicht absorbieren kann.

Die Regierung hat alle Forderungen nach einem Mindestlohn und anderen grundlegenden Forderungen der Beschäftigten und der Gewerkschaften ignoriert wie z. B. nach allgemeinen sozialen Sicherungssystemen (Krankenversicherung, Renten, ...), nach Rechten der Beschäftigten, einschließlich von Löhnen und Arbeitsbedingungen, sowie Forderungen gegen die Privatisierung einschließlich jener des Finanzsektors. Die Regierung Modi hat sich auch geweigert, internationale Abkommen wie die ILO-Konvention 177 über Heimarbeit und 189 über Hausarbeit zu ratifizieren. Stattdessen hat sie 44 zentrale Arbeitsgesetze aufgehoben und neue, noch unternehmerfreundlichere Regelungen sowie ein neues Rentensystem eingeführt.

Darüber hinaus haben sowohl die von der BJP geführte Zentralregierung als auch die Regierungen verschiedener

Bundesstaten den repressiven Apparat und die reaktionären Kräfte eingesetzt, um ArbeiterInnenproteste, StudentInnenaktionen, Frauenmärsche und Mobilisierungen von Bauern und Bäuerinnen einzuschüchtern, zu unterdrücken und anzugreifen.

Natürlich muss eine solche Regierung durch eine umfassende Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse, der Bauern/Bäuerinnen und der Armen bekämpft werden, da sie, wie der Aufruf zum Streik zeigt, nicht nur den reaktionären Hindu-Chauvinismus vertritt, sondern auch die Interessen der gesamten indischen kapitalistischen Klasse und der Monopole aus den imperialistischen Ländern. So hieß es im Aufruf zum Streik:

„Um den Interessen der multinationalen Unternehmen mit indischen Niederlassungen zu dienen, verfolgt die gegenwärtige Regierung eine eklatante menschenfeindliche, arbeitnehmerfeindliche und antinationale Politik auf Kosten der schweren Schädigung der Volkswirtschaft und der Zerstörung ihrer einheimischen Produktionskapazitäten. Ein solches Regime muss entschieden besiegt werden, um die Personen zu Veränderungen in der Politik an allen Fronten zu zwingen.“

Auch wenn diese Passagen selbst eine reformistische (und implizit auch links-nationalistische) Stoßrichtung vertreten, so prangern sie

zu Recht die Klassenpolitik der Regierung an.

## Landbevölkerung

Natürlich sind nicht nur die LohnarbeiterInnen von dieser Politik betroffen. Der Kisan-Mukti-Marsch, bei dem sich am 29. und 30. November Bauern, Bäuerinnen und LandarbeiterInnen in der Hauptstadt versammelten, vereint die immer häufiger und intensiver werdenden Proteste von Dorfgemeinden im ganzen Land. Dies führte zur Gründung einer einzigen Dachorganisation, dem All India Kisan Sangharsh Coordination Committee (AIKSCC), das sich auf über 200 lokale und landesweite Bauern-Bäuerinnenorganisationen stützt. Bhoomi Adhikar Andolan (BAA), eine mächtige Plattform von Organisationen der Bauern und Bäuerinnen, hat auch zum Generalstreik aufgerufen. Die der CPI (M) (Communist Party of India/Marxist) nahestehende AIKS (All India Kisan Sabha) organisierte schon 2018 einen zweitägigen landesweiten Massenprotest.

All das spiegelt die Verschlechterung der Lage auf dem Land wider. In den letzten vier Jahren gab es einen jährlichen Rückgang der Realinvestitionen in der Landwirtschaft um 2,3 Prozent und die Wachstumsrate der Agrarkredite hat sich auf 12 Prozent verlangsamt, verglichen mit 21 Prozent im letzten Jahrzehnt. Diese Zahlen spiegeln den langfristigen

Trend zur Aufgabe

des Agrarsektors durch aufeinanderfolgende Regierungen wider.

Der indische Export von Agrarprodukten sank, während sich die Importe in weniger als 10 Jahren verfünffacht haben. Zwei Drittel der indischen Bevölkerung sind für ihren Lebensunterhalt von der Landwirtschaft abhängig, aber die Landwirtschaft macht nur 14 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes aus. Trotz der starken Abwanderung in die Städte in den letzten zwei Jahrzehnten lebt immer noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung in ländlichen Gebieten – und das unter immer prekäreren Bedingungen.

Schon vor dem Generalstreik kam es nicht nur zu beeindruckenden Streikaktionen von Sektoren der ArbeiterInnenklasse wie seit dem September 2018 in Rajasthan, sondern auch zu massiven Protesten der Studierenden. In jüngster Zeit stand die Massenmobilisierung von Frauen gegen den reaktionären hinduistischen Chauvinismus auf der Tagesordnung: die „Frauenmauer“ im Bundesstaat Kerala für die Gleichstellung der Geschlechter. Am 1. Januar schlossen sich etwa 5 Millionen Frauen in einer Menschenkette zusammen, um eine 620 Kilometer lange „Mauer“ von der nördlichen bis zur südlichen Grenze Keralas zu bilden. Gegen den hinduistischen Chauvinismus und

ein reaktionäres Urteil des Obersten Gerichtshofes fordern sie ihr Recht, den Lord-Ayyappa-Tempel zu betreten, von dem sie traditionell ausgeschlossen sind.

## **Das Potenzial des Generalstreiks**

Daher zeigen nicht nur die massive Zahl der ArbeiterInnen, die mobilisiert wurden, sondern auch der Anstieg dieser Massenbewegungen von Bauern/Bäuerinnen, Frauen und StudentInnen, dass das Regime des erz-reaktionären Modi in die Defensive gebracht und sogar gestürzt werden könnte.

Die regierende BJP hat kürzlich in fünf Bundesstaaten die Wahlen verloren. Die WählerInnen aus den ländlichen Gebieten zeigten ihre Wut auf die Regierung, weil sie sie in ihrer Zeit der Not nicht unterstützt hat. So wurde die BJP in Rajasthan, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Telangana und Mizoram an den Urnen abgestraft. Die von der Modi-Regierung vertretene neoliberale und wirtschaftsfreundliche Politik ist die Hauptursache für die Niederlage der BJP.

Um die Regierung Modi zu besiegen, müssen aber auch die politischen Lehren aus den Generalstreiks der letzten Jahre und Tage gezogen werden. Die Gewerkschaften und die Bauern-/Bäuerinnenverbände

haben sich als  
fähig erwiesen, Massen in wirklich historischem Maßstab in den  
Kampf zu führen  
– 150 bis 200 Millionen! Aber es wurde ebenso deutlich, dass  
ein- oder  
zweitägige Generalstreiks nicht ausreichen, um die Regierung  
oder die  
KapitalistInnen zu stoppen. Sie haben sich als unzureichend  
erwiesen, um die  
Forderungen nach einem Mindestlohn, einer sozialen  
Absicherung, einer  
ausreichenden Altersversorgung usw. durchzusetzen.

Wenn der Generalstreik ein voller Erfolg werden, also seine  
Ziele durchsetzen soll, muss er unbefristet durchgeführt  
werden, bis die  
Forderungen erfüllt sind.

Ein solcher Streik wäre natürlich mit noch schwerwiegenderen  
Repressionen, Schikanen, der Mobilisierung sowohl des  
Repressionsapparats als  
auch der reaktionären hindu-chauvinistischen Kräfte, der  
rechten oder gar  
faschistischen Banden und Milizen aus dem Umfeld der BJP  
konfrontiert.

Nichtsdestotrotz haben die „National Convention of  
Workers“ sowie die Unterstützung von  
Massenbauern-/Bäuerinnenorganisationen und durch die  
Kommunistischen Parteien  
begonnen, eine Einheitsfront der ArbeiterInnen, Bauern und  
BäuerInnen sowie  
aller Unterdrückten für ihre sozialen und politischen  
Forderungen zu schaffen.

Nun sollten alle Gewerkschaften, alle ArbeitInnenorganisationen dem Konvent beitreten, sich mit den Bauern-/Bäuerinnenbewegungen, den StudentInnen- und Frauenorganisationen verbünden, um den Kampf gegen die Ausbeutung mit dem für demokratische Rechte und Gleichberechtigung der Frauen, die Rechte der unterdrückten Nationalitäten und gegen das religiösen Sektierertum sowie für die wirkliche Abschaffung des Kastensystems zu verbinden.

Eine solche einheitliche Front darf nicht nur eine Vereinbarung zwischen den FührerInnen der Massenorganisationen sein. Um einen unbefristeten Generalstreik zu organisieren, zu verteidigen und auszuweiten, sollten an allen Arbeitsplätzen, in allen Wohnvierteln der ArbeiterInnenklasse, in den Megacities, in den Städten und auf dem Land Aktionskomitees geschaffen werden. Die StreikführerInnen sollten gewählt, rechenschaftspflichtig und diesen Organen gegenüber rückrufbar sein. Die Komitees sollten zentralisiert operieren, um eine nationale Koordination und schlagkräftige Führung des Kampfes zu gewährleisten, damit sie noch größere Massen erreichen und auch ihre eigene Selbstverteidigung organisieren können.

Eine solche Bewegung könnte Modi und die hinduistisch-chauvinistische Bewegung stoppen. Die Geschichte zeigt aber, dass sich RevolutionärInnen innerhalb einer solchen Bewegung auch

mit der Frage der politischen Strategie und des Programms befassen müssen. Im Jahr 2019 finden in Indien allgemeine Wahlen statt. Man muss kein politisches Genie sein, um zu erkennen, dass die meisten GewerkschaftsführerInnen und vor allem die FührerInnen der so genannten „Kommunistischen Parteien“ – der CPI und CPI (M) – versuchen werden, die Bewegung in eine elektoralistische Richtung zu lenken. Sie werden sich darauf konzentrieren, wie man Modi und die BJP verdrängt und die „linke“ bürgerliche Alternative, die Kongresspartei, mit einiger Unterstützung der reformistischen KPen auf regionaler oder sogar nationaler Ebene ans Ruder bringt. Das wäre keine Lösung. Es würde nur bedeuten, die Regierungsgewalt von einer Fraktion der Bourgeoisie auf eine andere zu übertragen, und unweigerlich zu einer massenhaften Desillusionierungswut führen.

Die Linke muss vielmehr die Forderung nach einem unbefristeten und demokratischen Generalstreik mit der Notwendigkeit verbinden, sich von der Politik der politischen Bündnisse mit dem Kongress zu lösen. Solche Allianzen führen nur zur Unterordnung der ArbeiterInnenbewegung unter die indische „fortschrittliche“ Bourgeoisie, wie die Regierungsbeteiligungen von CPI und CPI (M) seit Jahrzehnten immer wieder verdeutlichen. Daher müssen RevolutionärInnen

auch die gegenwärtige politische Krise und Gärung nutzen, um die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer revolutionären ArbeiterInnenpartei in Indien zu lenken, einer Partei, die die Arbeiterklasse dazu bringen könnte, nicht nur das Modi-Regime zu stürzen, sondern auch das kapitalistische System herauszufordern und durch eine ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenregierung zu ersetzen, die auf Räten und dem bewaffneten Volk basiert, die die Großkonzerne enteignen und einen demokratischen Plan einführen würde, um den Bedürfnissen der Hunderte von Millionen ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen und Armen gerecht zu werden.

---

## **Sri Lanka: Regierungskrise gelöst, aber nur vorerst**

*Peter Main, Infomail 1037, 9. Januar 2019*

Die Verfassungskrise Sri Lankas, in der es scheinbar zu einem Zeitpunkt zwei Regierungen und zu einem anderen überhaupt keine gab, ist zumindest formell gelöst worden. Am 16. Dezember entschied der Oberste Gerichtshof des Landes einstimmig, dass Präsident Maithripala Sirisena

verfassungswidrig gehandelt hatte, als er den damaligen Premierminister Ranil Wickremesinghe entließ und ihn durch Mahinda Rajapaksa ersetzte, dann das Parlament auflöste und vorgezogene Wahlen für Januar einberief. Nachdem er zuvor gesagt hatte, dass er Wickremesinghe nie wieder zum Premierminister ernennen würde, auch wenn jedeR Abgeordnete für ihn stimmte, hat Sirisena ihn nun wieder eingesetzt.

Während diese Entscheidung das politische Duell zwischen Wickremesinghe und Rajapaksa hinsichtlich dessen, wer wirklich der Premierminister ist, beendet, werden die politischen Nachwirkungen dieser Ereignisse die Insel im kommenden Jahr weiter erschüttern. Ganz abgesehen von den rechtlichen Verwicklungen, die sein Vorgehen gegen die Verfassung mit sich bringen wird, ist Sirisena als politische Gestalt stark geschwächt worden. Alle Hoffnungen, die er auf eine zweite Amtszeit hatte, sind nun definitiv zunichte gemacht worden. Ebenso sind die Aussichten für die Sri-lankische Freiheitspartei (Sri Lanka Freedom Party, SLFP), deren Vorsitzender er ist, bei den kommenden Parlamentswahlen, die innerhalb dieses Jahres abgehalten werden müssen, nicht gut. Schon jetzt hat sie Mitglieder an die Sri-lankische Volkspartei (Sri Lanka People's Party, SLPP) von Rajapaksa verloren.

Auch Rajapaksa selbst ist nicht gut aus der Krise gekommen. Anfang des Jahres erschien er als ein aufsteigender Stern, da die SLPP bei den Kommunalwahlen stattliche Gewinne einfuhr. Jetzt ist er jedoch eindeutig in der Volksmeinung mit der hinterhältigen und verfassungswidrigen Verschwörung von Sirisena assoziiert. Zudem wird seine eigene Position als Abgeordneter wahrscheinlich angefochten werden, da er als Mitglied der Vereinigten Volksfreiheitsallianz (United People's Freedom Alliance, UPFA) gewählt wurde, sich aber später der SLPP angeschlossen hat. Die Verfassung verlangt aber, dass Abgeordnete zurücktreten, die ihre Partei gewechselt haben.

Da die Unpopularität von Ranil Wickremesinghe wahrscheinlich einer der Hauptfaktoren war, um Sirisena davon zu überzeugen, ihn zu entlassen, ist es ziemlich ironisch, dass ausgerechnet er von dem ganzen Debakel am meisten profitierte. Mit seiner Weigerung, seine Amtsenthebung anzuerkennen, der Organisation einer parlamentarischen Mehrheit zu seiner Verteidigung sowie der Mobilisierung signifikanter Massendemonstrationen zu seiner Unterstützung hat er viel getan, um sich vor dem Gericht der „öffentlichen Meinung“ zu rehabilitieren.

# Aussichten

Die formale Rückkehr zum „business as usual“ kann jedoch das tiefe Unbehagen innerhalb des gesamten politischen Systems Sri Lankas nicht verbergen. Es kann im Bewusstsein der Öffentlichkeit die Vorfälle nicht ungeschehen machen, dass Rajapaks Abgeordnete Möbel auf den Parlamentspräsidenten schleuderten und mit Chilipulver gefärbtes Wasser auf andere Abgeordnete warfen, um ein Vertrauensvotum zu verhindern, welches Wickremesinghe bestätigen sollte.

Am wichtigsten ist vielleicht, dass es die Politik, die Wickremesinghe so unbeliebt gemacht hat, nicht verändern wird. Der Vorteil, aus einer Krise als Sieger hervorzugehen, mag von kurzer Dauer sein und es mangelt nicht an RivalInnen, die der/die nächste PräsidentschaftskandidatIn der Vereinten Nationalpartei (United National Party, UNP) sein könnten. Der hierbei am häufigsten genannte ist sein derzeitiger Stellvertreter, Sajith Premadasa. Angesichts der schweren volkswirtschaftlichen Schäden durch die Krise, die zu einem Zusammenbruch des Tourismus, einer Abwertung der Rupie und einer Anhebung der Zinssätze führte, als alle Rating-Agenturen den Status des Landes herabstufte, ist die wirtschaftliche Situation heute weitaus schlechter. Das Finanzministerium soll

berechnet haben, dass die Krise 102 Milliarden Rupien (ca. 566 Millionen Euro) gekostet hat.

Die öffentliche Desillusionierung mit Politikern und Parteien ist natürlich völlig gerechtfertigt, aber, wie wir in vielen anderen Ländern gesehen haben, kann sie in sehr reaktionäre Bewegungen münden. Dies war zweifellos die Strategie von Mahinda Rajapaksa in der Vergangenheit und ihm wird wahrscheinlich immer noch die Stimme der chauvinistischen SinghalesInnen garantiert sein. Zusätzlich zur Unterstützung eines Großteils der buddhistischen Geistlichen und Gruppen wie den klerikalen FaschistInnen von Bodu Bala Sena (Buddhistische Streitmacht, BBS). Um jedoch eine Präsidentschaftswahl zu gewinnen, muss er möglicherweise eine breitere Unterstützung finden und sein Schwerpunkt liegt jetzt auf „Maßnahmen zum Wohle aller Sri LankesInnen“. Wenn nicht Mahinda, dann hat er zwei Brüder, Gotabhaya und Basil Rohana, die seinen Platz einnehmen könnten.

Während die Rechten versuchen, die Übel des Landes auf eine Kombination aus ihren politischen GegnerInnen und unterdrückten Minderheiten zurückzuführen, muss die Linke die wahren Lehren aus der Krise ziehen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wurzelt letztlich im Sinne des Verrats an demokratischen Prinzipien und das ist die Frage, auf die die

Linke ihre Mobilisierungen konzentrieren sollte. Sirisena ist vielleicht nicht mit seinem fast diktatorischen Plan durchgekommen, die Regierung zu stürzen und das Parlament zu schließen, aber das Volk hatte dabei nichts zu sagen ebenso wenig, wie es ein Mitspracherecht bei der Wirtschaftspolitik Wickremesinghes hatte oder bei einer ernsthaften Aufarbeitung der Versäumnisse wie der Kriegsverbrechen gegen die tamilische Bevölkerung oder der Korruptionsskandale. Aber auch bei einfachen Fragen wie der Festsetzung des Termins der kommenden Parlamentswahlen hat es nichts zu melden.

## **Demokratie**

Wenn die Leute sagen, dass das ganze System verfault ist, haben sie Recht – und die Antwort darauf lautet, das ganze System zu verändern. Für uns SozialistInnen muss der Wandel einer sein, welcher den bestehenden Staatsapparat beseitigt und durch ein System demokratisch gewählter ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenräte ersetzt, die eine Regierung unterstützen, die alle wichtigen Wirtschaftssektoren sozialisiert und dann ihre Nutzung plant, um die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse und nicht privater Gewinne zu maximieren.

Obwohl dies unser strategisches Ziel ist, können wir uns nicht direkt darauf zubewegen. Es erfordert die Unterstützung durch die Mehrheit der ArbeiterInnen, welche durch die Anwendung von Taktiken gewonnen werden muss, die von der Mehrheit unterstützt werden und zu diesem Ziel führen können. Die parlamentarische Demokratie wird immer durch die Realität begrenzt, dass die wirtschaftliche Macht in der Gesellschaft in den Händen einer kleinen Klasse von KapitalistInnen liegt.

Dennoch sind wir für die radikalsten Formen von Demokratie innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft. Wir wollen gleiche Stimmen für alle ab 16 Jahren. Wir wollen, dass alle Regierungszweige, sowohl die Justiz als auch die Sicherheitskräfte, gewählten Behörden gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Wir wollen die Abschaffung des gesamten Präsidialsystems, das nur dazu dient, die Macht der gewählten Abgeordneten zu begrenzen. Wir wollen, dass alle gewählten VertreterInnen von ihren WählerInnen abberufen werden können und einen Durchschnittslohn erhalten. Wir wollen, dass die Rechte der Minderheiten, einschließlich dessen auf nationale Selbstbestimmung, garantiert werden.

Die Liste könnte natürlich weitergehen, aber der springende Punkt ist, dass die meisten dieser Rechte, obwohl demokratisch, nicht in die bestehende Verfassung aufgenommen wurden. Wir brauchen eine

neue Verfassung und deshalb eine demokratisch gewählte verfassunggebende Versammlung. Das ist eine Forderung, die weit über die Reihen der engagierten SozialistInnen und sogar der ArbeiterInnenklasse hinausgehen kann. Das ist eine potenzielle Stärke. Obwohl wir unsere eigenen, sozialistischen Ziele nicht verbergen, können wir Kampagnen und Aktionen vorschlagen, die von anderen unterstützt werden können, die diese Ziele nicht teilen.

Die bestehenden HerrscherInnen werden einer solchen Reform nicht zustimmen – selbst sie würde an die Wurzeln ihrer Macht gehen. Sie muss daher erkämpft werden und wir werden Kampagnen- und Aktionsformen der ArbeiterInnenklasse vorschlagen, um sie dazu zu zwingen, unsere Forderungen zu erfüllen. Im Zuge einer solchen Kampagne können wir nicht nur die Forderung nach einer verfassunggebenden Versammlung popularisieren, sondern auch den Aufbau von Organisationen der ArbeiterInnenklasse vorschlagen, in denen ihre besonderen ArbeiterInnenforderungen wie Gewerkschaftsrechte, gleiches Entgelt, Gesundheits- und Arbeitsschutzvorschriften, Krankenversicherung, die Offenlegung der Geschäftskonten usw. ausgemacht und formuliert werden können.

Längerfristig würden solche Organisationen wie Aktionskomitees am Arbeitsplatz, Gewerkschaftsbetriebs- und -ortsgruppen,

Arbeiterinnenorganisationen, MieterInnenbünde, Gruppen junger ArbeiterInnen zweifellos ihre Rollen erweitern, um in schwierigen Zeiten die OrganisatorInnen von Aktionen der ArbeiterInnenklasse in größerem Umfang zu werden. Sie würden schließlich die Mobilisierung der gesamten ArbeiterInnenklasse ermöglichen, um den bestehenden Staat zu stürzen und eine ArbeiterInnenregierung einzusetzen. Es ist heute die Aufgabe von RevolutionärInnen, solche Taktiken zu entwickeln und zu verbreiten, die die heutigen Themen wie die jüngste Verfassungskrise mit der Strategie des revolutionären Sturzes des Kapitalismus und des Aufbaus des Sozialismus verbinden können.